

*Jahresbericht der Politikwissenschaft*

# Politisches Vertrauen in einem zynischen Zeitalter

Jack Citrin und Laura Stoker

Department of Political Science, University of California, Berkeley, California 94720, USA; E-Mail: [gojack@berkeley.edu](mailto:gojack@berkeley.edu), [stoker@berkeley.edu](mailto:stoker@berkeley.edu)

Annu. Rev. Political Sci. 2018. 21:49-70

Erstmals veröffentlicht als Rezension im  
Vorabdruck am 31. Januar 2018

Die *Annual Review of Political Science* ist online  
verfügbar unter [polisci.annualreviews.org](http://polisci.annualreviews.org)

<https://doi.org/10.1146/annurev-polisci-050316-092550>

• Suchbegriffe

Copyright © 2018 by Annual Reviews.  
Alle Rechte vorbehalten

JÄHRLICH  
HE  
ÜBERPRÜ  
FUNGEN

**Weiter**

**e**

Klicken Sie hier, um die Online-  
Funktionen dieses Artikels zu  
sehen:

- Zahlen als PPT-Folien herunterladen
- Navigieren in verknüpften Referenzen
- Zitate herunterladen
- Verwandte Artikel erkunden

## Schlüsselwörter

49

Vertrauen, Zynismus,  
Unzufriedenheit, Polarisierung,  
Leistung, Legitimität

## Abstrakt

Dieser Artikel gibt einen Überblick über die jüngste umfragebasierte Forschung zum Vertrauen der Bürger in die Regierung und konzentriert sich dabei insbesondere auf die Vereinigten Staaten. Er befasst sich mit dem langfristigen Rückgang des Vertrauens und den möglichen Ursachen für diesen Rückgang, wobei der Schwerpunkt auf den Auswirkungen von Parteilichkeit, Polarisierung, Leistung, Verfahren und Medienpriming liegt. Während Dispositionen das Vertrauensniveau verankern können, zeigen die vorherrschenden

Forschungsergebnisse, dass die Quellen der Variation und Veränderung des Vertrauens politischer, wenn auch vielschichtiger Natur sind. Wir diskutieren neue Versionen von Standardmaßen, fordern eine erneute Betrachtung der Unterscheidung zwischen Vertrauen in Autoritäten und Vertrauen in das Regime, überprüfen laufende Arbeiten darüber, wie und warum Vertrauen wichtig ist, und empfehlen, den Fokus des Misstrauens auf Anti-Establishment-Stimmungen und Angriffe auf die Integrität von Wahlen auszuweiten. Die Frage, wie Vertrauen zwischen der Wahrnehmung politischer Prozesse und der Befolgung autoritärer Befehle wirkt, ist ein wichtiger Bereich für weitere Forschung. Wir schließen mit einem Vorbehalt gegen die Zuversicht, dass der Rückgang des Vertrauens schnell oder leicht rückgängig gemacht werden kann.



## EINFÜHRUNG

Politisches Vertrauen gehört zu einer Familie von Begriffen, die sich auf die Gefühle der Bürger gegenüber ihrer Regierung beziehen. Es überschneidet sich mit Vertrauen, Systemunterstützung und Legitimität auf der positiven Seite und mit Zynismus, Politikverdrossenheit und Entfremdung auf der negativen Seite. Vertrauen - ob politisch oder nicht - ist relational und bereichsspezifisch. Das heißt, A vertraut B, X zu tun. Vertrauen hat immer ein Objekt oder Ziel (B), das eine Person, eine Gruppe oder eine Institution sein kann, und einen Handlungsbereich (X), in dem Vertrauen gegeben oder verweigert wird. Die Grundlage des Vertrauens ist, dass A B für vertrauenswürdig hält, dass er oder sie mit Integrität und Kompetenz handelt und die Interessen von A an erster Stelle stehen. In der Politik können diese Interessen neben dem eigenen Wohlergehen auch die "Ziele einer guten Politik, des Friedens und einer gesunden Wirtschaftsführung" (Keele 2007, S. 243) umfassen. Wenn man vertraut, nimmt man eine Verwundbarkeit in Kauf; es besteht immer das Risiko des Verrats oder des Versagens. Das Fehlen von Vertrauen kann zwei Formen annehmen: Misstrauen und Argwohn. Misstrauen spiegelt Zweifel oder Skepsis an der Vertrauenswürdigkeit des anderen wider, während Misstrauen die feste Überzeugung widerspiegelt, dass der andere nicht vertrauenswürdig ist. Pytlik-Zillig & Kimbrough (2016) geben einen hervorragenden Überblick über die Bereiche, in denen Konsens und Uneinigkeit über die Konzeptualisierung von Vertrauen in den Sozialwissenschaften bestehen. Wissenschaftler behandeln Vertrauen und Vertrauen in Institutionen in der Regel als Synonyme, und obwohl einige argumentieren, dass man Vertrauen in Menschen haben kann, aber nicht in Institutionen (z. B. Hardin 2013), fragen gängige Erhebungen die Befragten entweder nach ihrem Vertrauen oder nach ihrem Vertrauen in Institutionen. Nach Easton (1975) kann sich die Systemunterstützung auf die Unterstützung der aktuellen Behörden (spezifisch) oder auf die Unterstützung der Institutionen und Grundsätze des Regimes (diffus) beziehen. Politisches Vertrauen lässt sich in keine der beiden Kategorien einordnen, liegt aber näher an ersterer als an letzterer. Vertrauen in die Regierung kann als ein Aspekt der Legitimität (Tyler & Jackson 2013) oder als einflussreich auf die Verleihung von Legitimität (Hough et al. 2010) betrachtet werden, die nach Max Webers Definition den Behörden die moralische Grundlage für Gehorsam verleiht. Politischer Zynismus ist eine Haltung gegenüber Politikern, die deren Handlungen auf eigennützige Motive zurückführt. Enttäuschung und Entfremdung unterscheiden sich von Misstrauen dadurch, dass sie einen diffusen Verlust der emotionalen Bindung an das Gemeinwesen als Ganzes betonen und nicht die Unzufriedenheit mit der Leistung eines vermeintlich vertrauenswürdigen Akteurs. (Offe 2009).

Die wachsende Literatur über Vertrauen und damit zusammenhängende Einstellungen spiegelt die Überzeugung der Wissenschaftler wider, dass diese Einstellungen für die Effektivität und Dauerhaftigkeit demokratischer Regierungen von Bedeutung sind - Regime, die heute von vielen als zunehmend fragil angesehen werden. Die seit langem bestehende Frage, ob und wann Misstrauen gegenüber Autoritäten die Legitimität demokratischer Regime zu untergraben beginnt, hat im Zuge des seit fünf Jahrzehnten anhaltenden Rückgangs des politischen Vertrauens in repräsentative Institutionen in den Vereinigten Staaten und Europa neue Dringlichkeit erhalten. Unsere Untersuchung wird notwendigerweise selektiv sein. Wir konzentrieren uns auf die Umfrageforschung, wobei wir uns auf Arbeiten konzentrieren, die seit dem letzten Artikel der *Annual Review of Political Science* zu diesem Thema (Levi & Stoker 2000) veröffentlicht wurden. Wir beschränken uns im Wesentlichen auf die Forschung in den Vereinigten Staaten, wobei wir gelegentlich Vergleiche mit europäischen Studien anstellen. Bedauerlicherweise lassen wir sowohl spieltheoretische als auch vergleichende und historische Untersuchungen beiseite, die wichtige Einblicke in die Rolle von Anreizen, Institutionen und

sozialen Netzwerken bieten. Glücklicherweise können die Leser das kürzlich veröffentlichte *Handbook on Political Trust* (Zmerli & van der Meer 2017) konsultieren, das viele Themen behandelt, die hier zu kurz kommen. Wir beginnen damit, Fragen der Messung anzusprechen und einige der wichtigsten empirischen Entwicklungen zu veranschaulichen, die die Aufmerksamkeit der Wissenschaftler auf sich gezogen haben. Anschließend betrachten wir die aktuelle Literatur zu den Ursachen und Folgen von politischem Vertrauen und Misstrauen. Abschließend reflektieren wir, wie wichtig es ist, Vertrauen in die neue Arbeit über Anti-Elitismus einzubringen, und kommentieren die Aussichten für die Wiederherstellung von Vertrauen in die Regierung.

## **MASSNAHMEN**

Die gebräuchlichste Messgröße für politisches Vertrauen (im Folgenden oft nur als Vertrauen bezeichnet) ist die Frage der American National Election Studies (ANES): "Wie oft glauben Sie, dass Sie den Parteien vertrauen können?"

Ist die Regierung in Washington in der Lage zu tun, was richtig ist?" Diese Frage wird in Umfragen der US-Medien verwendet, ebenso wie in den Umfragen von Gallup, Pew und vielen Wissenschaftlern. Die ANES-Messung wird häufig wegen der vagen Formulierung "tun, was richtig ist" und der Ungenauigkeit des Objekts "Regierung in Washington" kritisiert, das es den Befragten ermöglicht, sich nach Belieben auf den Präsidenten, den Kongress oder andere Institutionen und Praktiken zu konzentrieren. Ein zweiter gängiger Indikator, der vom General Social Survey (GSS), von Gallup und in einem etwas anderen Format von den World and European Values Surveys (WVS/EVS) verwendet wird, fragt die Menschen, wie viel Vertrauen sie in "die Menschen, die die Institutionen im Land leiten" haben. Diese Bewertungen haben den Vorteil, dass sie flexibel genug sind, um auf nationale Institutionen, bestimmte Regierungsbehörden und verschiedene Regierungsebenen angewandt werden zu können.

Kritiker weisen darauf hin, dass diese Maße nur drei oder vier Antwortmöglichkeiten bieten (Gershtenson & Plane 2015). In neueren Arbeiten geht der Trend zu detaillierteren Messwerten, wie z. B. die im European Social Survey (ESS) verwendete Skala.<sup>1</sup> Ein weiterer, grundlegenderer Kritikpunkt an diesen Messwerten ist, dass sie lediglich das Vorhandensein oder Nichtvorhandensein von Vertrauen angeben und somit kein Kontinuum darstellen, das von Vertrauen am einen Ende bis zu Misstrauen am anderen Ende reicht, mit Misstrauen oder Skepsis in der Mitte (Cook & Gronke 2005, Van de Walle & Six 2014; siehe auch Mishler & Rose 1997). Die Misstrauischen werden die Vertrauenswürdigkeit des anderen in Frage stellen, während die Misstrauischen glauben, dass der andere nicht vertrauenswürdig ist. In der Literatur über Vertrauen in Organisationen werden wichtige Unterschiede zwischen denjenigen, die anderen misstrauen, und denjenigen, die anderen misstrauen, festgestellt (siehe z. B. Kramer 1999, Lewicki et al. 1998). Es ist plausibel, dass aktives Misstrauen und nicht nur Misstrauen (Skepsis) gegenüber der Regierung in den Vereinigten Staaten zunimmt. Ob dies der Fall ist und wie es sich auswirkt, ist jedoch unklar, da es nur wenige Untersuchungen gibt, die diese Unterscheidung berücksichtigen.

Der ANES enthält auch Messwerte zur wahrgenommenen Vertrauenswürdigkeit der Regierung und der Politiker, z. B. ob "die Regierung von ein paar großen Interessen geleitet wird" und ob "die Politiker, die die Regierung leiten, wissen, was sie tun". Trotz der Kritik, die an diesen Fragen seit langem geübt wird, haben Wissenschaftler bisher noch keinen umfassenderen und nützlicheren Satz entwickelt, obwohl einige Anstrengungen in diese Richtung unternommen haben (z. B. Murphy 2004, Rose 2014) und andere versucht haben, eine oder mehrere dieser Fragen mit Fragen aus der ANES-Sammlung zur externen Wirksamkeit zu kombinieren.

Auch bei der Entwicklung neuer Messgrößen, die besser zwischen Vertrauen in Behörden und Unterstützung für das politische Regime unterscheiden, wurden kaum Fortschritte erzielt (Citrin & Muste 1999, Citrin et al. 1975, Muller & Jukam 1977). Wissenschaftler erstellen häufig Maße für die Systemunterstützung, indem sie das Vertrauen in verschiedene Institutionen wie Polizei, öffentlicher Dienst, Justiz und Parlament kombinieren, obwohl viele auch eine einzige Frage zur "Zufriedenheit mit der Demokratie" verwenden (Norris 2011, Torcal & Montero 2006). Obwohl die Vertrauensmaße miteinander korrelieren, unterscheiden sie sich in ihrer zeitlichen Dynamik und ihrer Empfindlichkeit gegenüber Veränderungen in der regierenden Partei (Citrin & Muste 1999), wie wir weiter unten veranschaulichen. Dies führt zwangsläufig dazu, dass die Schlussfolgerungen, die man aus der Analyse von Indizes mehrerer Institutionen ziehen kann, unscharf werden.

## **RUNTER UND RUNTER IN DEN KANINCHENBAU**

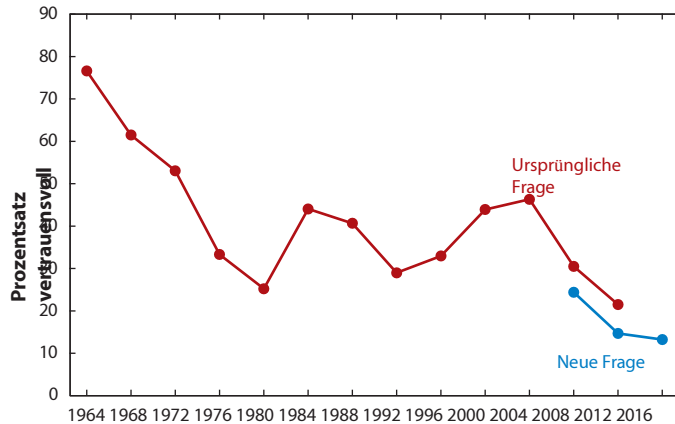
Es ist unbestritten, dass das Vertrauen der Amerikaner in ihre nationale Regierung in den letzten

50 Jahren gesunken ist. **Abbildung 1** zeigt die Antworten auf die zentrale ANES-Frage. Mit einigen Aufwärtstendenzen während der wirtschaftlichen Erholungen von 1980-1986 und 1996-2000 und der kurzen Erholung nach dem 11. September 2001,<sup>2</sup> ist der Trend wie folgt

---

<sup>1</sup>Der ESS verwendet eine Skala, bei der "0 bedeutet, dass Sie einer Institution überhaupt nicht vertrauen, und 10 bedeutet, dass Sie volles Vertrauen haben".

<sup>2</sup>Die ANES-Reihen verdecken kurzfristige Veränderungen, aber Chanley (2002) zeigt, dass die vertrauensvollen Antworten zwischen März und Ende September 2011 um satte 35 % gestiegen sind.



**Abbildung 1**

Prozentualer Anteil der US-Bürger, die der US-Regierung im Laufe der Zeit vertrauen. Eingetragen ist der gewichtete Prozentsatz der ANES-Face-to-Face-Befragten, die angaben, dass sie der Regierung meistens oder immer vertrauen. In den Jahren 2008 und 2012 wurde in der ANES-Split-Stichprobe neben der ursprünglichen Frage (rote Linie) auch eine neue Version der Frage erhoben, und im Jahr 2016 wurde nur die neue Frage (blaue Linie) berücksichtigt. Die Ergebnisse zeigen, dass die neue Frage etwa 6-7 % der Befragten anspricht.

weniger vertrauensvolle Befragte als bei der alten Frage. Die ursprüngliche Frage lautet: Wie oft haben Sie glauben Sie, dass Sie der Regierung in Washington vertrauen können, dass sie das Richtige tut - fast immer, meistens oder nur manchmal (wobei "nie" kodiert wurde, wenn die Antwort freiwillig war)? Die neue Frage lautet: Wie oft glauben Sie, dass Sie der Bundesregierung in Washington vertrauen können, dass sie faire Entscheidungen trifft - immer, die meiste Zeit, etwa die Hälfte der Zeit, manchmal (2012-2016; 2008: hin und wieder) oder nie?

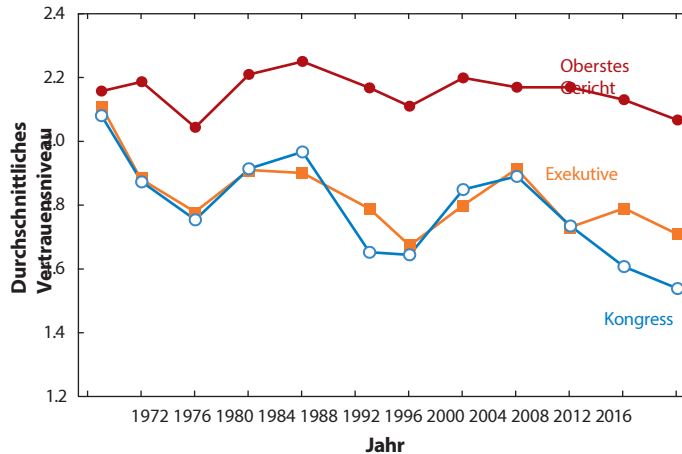
ein stetiger Rückgang. Eine Anomalie ist, dass sich das Vertrauen nicht erholte, als sich die Wirtschaft in den letzten Jahren verbesserte. Das Pew Research Center (Pew Res. Cent. 2017) liefert ein detaillierteres Bild der Dynamik im Zeitverlauf und zeigt eine Trendlinie, die der in **Abbildung 1** sehr ähnlich ist, aber auch über die Wahl 2016 hinausreicht. Der Pew-Bericht kommt zu dem Schluss, dass das Vertrauen in die Regierung nach der Wahl und dem Amtsantritt von Präsident Trump einen "historischen Tiefstand" erreicht hat und dass dieses Wahlergebnis auch zu erheblichen parteipolitischen Verschiebungen in den Ansichten geführt hat.

**Abbildung 1** zeigt auch, dass eine Änderung des Wortlauts der Frage und der Antwortoptionen das ausgedrückte Maß an Vertrauen verändern kann. Im Jahr 2016 ersetzte der ANES die Kernfrage nach dem Vertrauen durch eine neue Frage, nachdem die beiden Fragen in den Jahren 2008 und 2012 getrennt erhoben wurden. In der neuen Frage werden die Befragten gefragt, ob sie der Regierung vertrauen, "dass sie Entscheidungen auf faire Art und Weise trifft", anstatt zu fragen, ob sie der Regierung vertrauen, "dass sie das Richtige tut". Damit wird der Bereich des Vertrauens auf die Entscheidungsverfahren verlagert, und zwar auf Kosten der Ergebnisse, die für die meisten Bürger wohl sichtbarer und subjektiv wichtiger sind. Die neuen Antwortmöglichkeiten sind immer (statt fast immer), meistens (unverändert), etwa die Hälfte der Zeit (neu), manchmal (unverändert) und nie (jetzt eine explizite Option und nicht mehr als freiwillige Antwort akzeptiert). Wie in **Abbildung 1** dargestellt, ist das Ergebnis sowohl 2008 als auch 2012 ein niedrigeres Vertrauensniveau als das, das mit der ursprünglichen Messung ermittelt wurde. Dies ist wahrscheinlich auf die Hinzufügung einer festen "Nie"-Antwort und die bekannte Tendenz der Menschen zurückzuführen, sich für die mittlere Antwort zu



entscheiden, obwohl auch die Verschiebung des Vertrauensbereichs eine Rolle spielen könnte. Im Hinblick auf die Notwendigkeit, Äpfel mit Äpfeln im Zeitverlauf zu vergleichen, ist die ANES-Entscheidung eindeutig ein Fehler, der, sofern er nicht korrigiert wird, die Analyse von Trends erschwert und die Abhängigkeit von den Daten anderer Meinungsforschungsinstitute erhöht.

**Abbildung 2** zeigt die GSS-Fragen zum Vertrauen in die "Menschen, die den Obersten Gerichtshof der USA leiten  
Gericht, Kongress und die Exekutive der Bundesregierung". Die Trends für die Exekutive und den Kongress verlaufen weitgehend parallel zueinander und zu dem in **Abbildung 1** dargestellten Trend, obwohl



**Abbildung 2**

Vertrauen in US-Institutionen im Zeitverlauf. Die Ergebnisse beruhen auf Daten der Allgemeinen Sozialerhebung, die in Wahljahren erhoben wurden, wenn sie verfügbar waren, oder im darauf folgenden Frühjahr, wenn sie nicht verfügbar waren. Die Vertrauensfragen wurden in einer Batterie gestellt, die wie folgt eingeleitet wurde: "Ich werde jetzt einige Institutionen in diesem Land nennen. Würden Sie sagen, dass Sie den Personen, die diese Institutionen leiten, sehr viel Vertrauen, nur etwas Vertrauen oder kaum Vertrauen entgegenbringen?" Die Befragten wurden gebeten, ihr Vertrauen in den "Obersten Gerichtshof der USA" (rot), den "Kongress" (blau) und die "Exekutive der Bundesregierung" (orange) anzugeben. Bei den Angaben handelt es sich um gewichtete Mittelwerte für Vertrauensvariablen, die zwischen 1 (kaum Vertrauen) und 3 (großes Vertrauen) liegen.

Das Vertrauen in den Kongress ist von 2008 bis 2016, den Obama-Jahren mit ihrer starken Polarisierung und Blockade, noch stärker gesunken als in die Exekutive. Der Oberste Gerichtshof, der angeblich eine weniger parteiische Institution ist, genießt im Allgemeinen ein größeres Vertrauen. Dennoch ist das Vertrauen zwischen 2000 und 2016 allmählich gesunken.

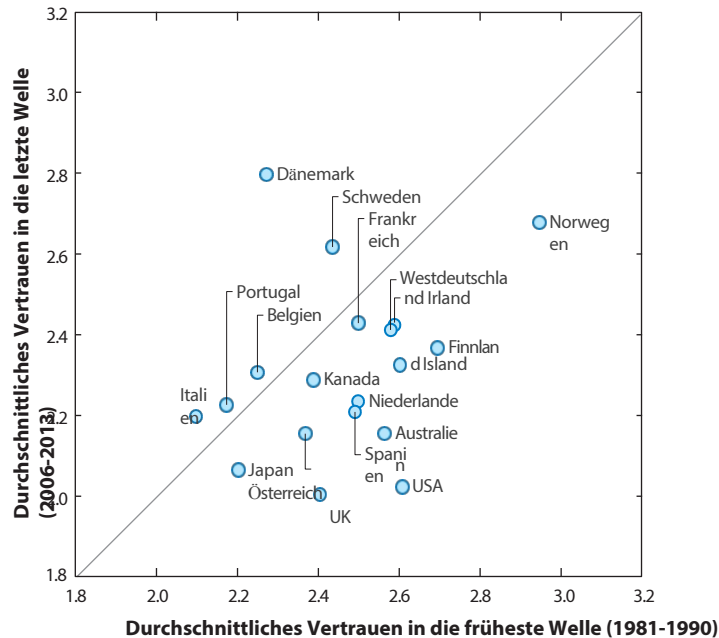
Die Daten aus der WVS/EVS zeigen, dass der Vertrauensschwund nicht auf die Vereinigten Staaten beschränkt ist. Die Einträge in **Abbildung 3** zeigen das durchschnittliche Vertrauen in die nationale Legislative von den frühesten bis zu den jüngsten Erhebungswellen der WVS/EVS, wobei eine Analyse von Dalton & Shin (2014) aktualisiert wurde, um mehr Länder und die neuesten Daten einzubeziehen. Die Mehrheit, wenn nicht sogar alle Länder, weisen einen Vertrauensverlust in ihre Legislative auf, wobei die Vereinigten Staaten die stärkste negative Veränderung erfahren haben, aber auch andere fortgeschrittene Industriegesellschaften, darunter Australien, das Vereinigte Königreich und sogar die nordischen Länder Finnland und Norwegen, starke Rückgänge verzeichnen.<sup>3</sup>

**Abbildung 4** dokumentiert die bekannte Beziehung zwischen der Identifikation mit einer Partei und dem Vertrauen in die Regierung. Wenn die Demokraten das Weiße Haus kontrollieren, sind ihre Identifikatoren vertrauensvoller als die der Republikaner; wenn die Republikaner das Sagen haben, ist das Gegenteil der Fall (Citrin 1974, Keele 2005). Vergleichbare Unterschiede und Schwankungen im Vertrauen zwischen Wahlsiegern und -verlierern sind auch außerhalb der Vereinigten Staaten zu beobachten (siehe z. B. Anderson et al. 2005, Lelkes 2016). Wie aus **Abbildung 4** hervorgeht, ist die Kluft zwischen den Parteien jedoch größer geworden (Pew Res. Cent. 2017, Sances 2011, Theiss-Morse et al. 2015). Das Vertrauen in die Regierung ist unter den Anhängern der anderen Partei fast nicht mehr vorhanden - eine Atmosphäre, die Hetherington (2015, S. 447) als "giftig" für das Regieren beschreibt. Dies galt für die Republikaner unter der Präsidentschaft Obamas und scheint mit

Sicherheit auch für die Demokraten während der Regierungszeit Trumps der Fall zu sein. Noch düsterer sieht die Situation aus, wenn man die Unabhängigen mit einbezieht

---

<sup>3</sup>Torcal (2017), Norris (2011), Marien (2011) und Catterberg & Moreno (2006) kommen zu dem Schluss, dass es in den europäischen Demokratien kein allgemeines Muster für einen Rückgang des Vertrauens in das Parlament gibt, konzentrieren sich aber auf kürzere Zeiträume.



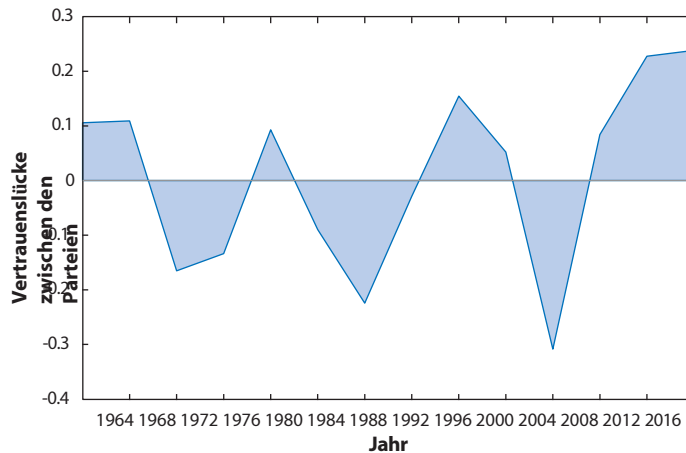
**Abbildung 3**

Vertrauen in die nationale Legislative in Industriedemokratien im Zeitverlauf. Die Einträge zeigen das (gewichtete) durchschnittliche Vertrauen in die Legislative aus den frühesten (x-Achse) und jüngsten (y-Achse) Wellen der World/European Values Surveys. Das Vertrauen in die Legislative reichte von 1 bis 4 (1 = gar nicht, 2 = nicht sehr viel, 3 = ziemlich viel und 4 = sehr viel). Die frühesten und jüngsten Erhebungswellen für die 19 Länder sind: Australien, 1981 und 2012; Österreich, 1990 und 2008; Belgien, 1981 und 2009; Kanada, 1982 und 2006; Dänemark, 1981 und 2008; Finnland, 1981 und 2009; Frankreich, 1981 und 2008; Island, 1984 und 2009; Irland, 1981 und 2008; Italien, 1981 und 2009; Japan, 1981 und 2010; Niederlande, 1990 und 2012; Norwegen, 1982 und 2008; Portugal, 1990 und 2008; Spanien, 1981 und 2011; Schweden, 1982 und 2011; Vereinigtes Königreich, 1981 und 2009; Vereinigte Staaten, 1982 und 2011; Westdeutschland, 1981 und 2013.

(**Abbildung 5**), da das Vertrauensniveau der Unabhängigen (einschließlich der Leaners) zu jedem Zeitpunkt der ANES-Zeitreihe eng mit dem der Parteianhänger übereinstimmt. Das Misstrauen ist bei den reinen Unabhängigen sogar noch ausgeprägter (Keele 2005).

**Abbildung 6** zeigt, dass die große und wachsende parteipolitische Kluft beim Vertrauen auch in den GSS-Daten zu sehen ist, wenn der Schwerpunkt auf der Exekutive liegt. Die parteipolitischen Unterschiede beim Vertrauen in den Kongress und den Obersten Gerichtshof scheinen geringer zu sein, obwohl Forscher erkennbare parteipolitische Schwankungen festgestellt haben, wenn die Kontrolle über das Repräsentantenhaus oder den Senat in die Hände einer Partei fällt (Gershtenson et al. 2006, Jones 2015, Keele 2005). Die Identifizierung mit einer Partei steht nicht im Mittelpunkt der Forschung über das Vertrauen in den Obersten Gerichtshof, aber Forscher haben herausgefunden, dass die Unterstützung für den Gerichtshof auf wichtige Entscheidungen und Ernennungen des Gerichts entsprechend der parteipolitischen Wahrnehmung ihrer ideologischen Ausrichtung reagiert. Die Debatten über Umfang, Dauer und Bedeutung dieser Schwankungen gehen weiter (Bartels & Johnston 2013; Christenson & Glick 2015; Gibson & Nelson 2015, 2016; Nicholson & Howard 2003; Semet et al. 2014).

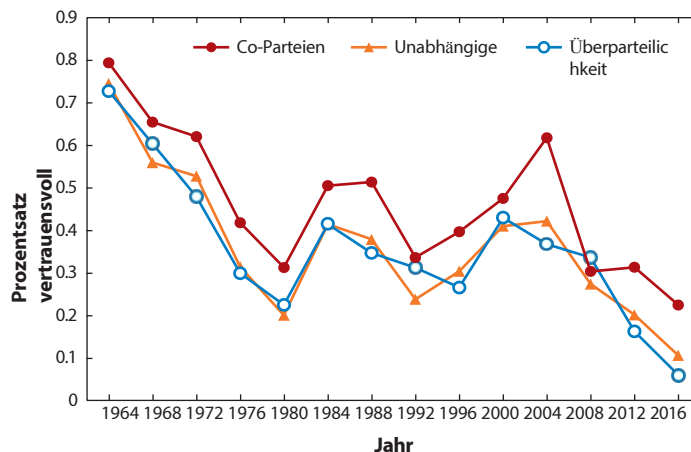
In demokratischen Gesellschaften wird davon ausgegangen, dass die Massenmedien eine wichtige Rolle bei der Aufklärung der Bürger und der Rechenschaftspflicht der Regierenden spielen. Dennoch zeigen die Daten des GSS (Assoc. Press-NORC Cent. Public Aff. Res. 2014) und von Gallup (Swift 2016), dass das Vertrauen in die Medien im Laufe der Zeit deutlich abgenommen hat, wobei der Rückgang bei den Republikanern seit dem Jahr 2000 besonders ausgeprägt ist, was in den letzten Jahren zu einer Vergrößerung der Kluft zwischen den Parteien führte. In der Zeit nach 2000 haben die parteiischen Medien zugenommen.



**Abbildung 4**

Kluft zwischen den Parteien beim Vertrauen in die US-Regierung im Laufe der Zeit: Unterschied im (gewichteten) durchschnittlichen Vertrauen von Demokraten und Republikanern aus ANES-Daten. Für 1964–2012 wurde die ursprüngliche Vertrauensvariable mit 1 = nie; 2 = manchmal oder weiß nicht; 3 = meistens; 4 = fast immer kodiert. Für 2016 lautete die neue Vertrauensvariable kodiert mit 1 = nie; 2 = manchmal, die Hälfte der Zeit oder weiß nicht; 3 = meistens; 4 = immer. Wenn die Differenz positiv ist, sind Demokraten vertrauensvoller als Republikaner, und wenn die Differenz negativ ist, sind Republikaner vertrauensvoller als Demokraten.

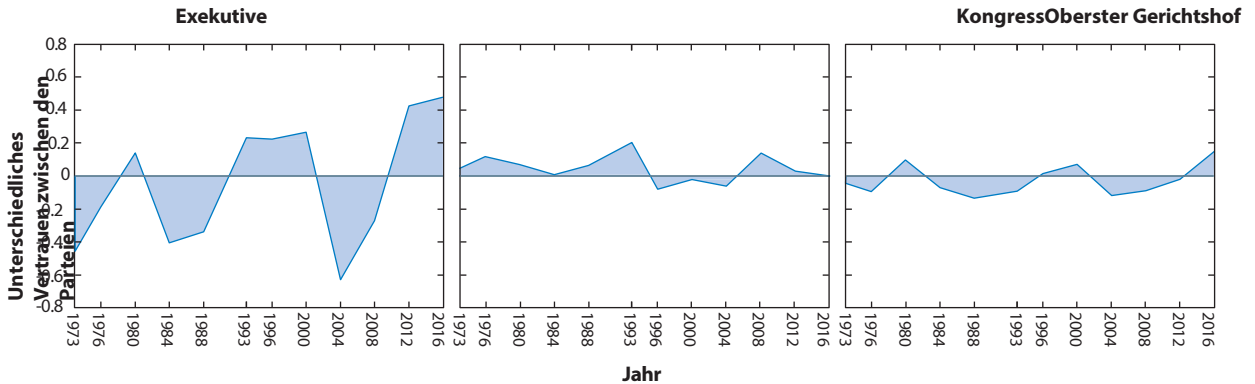
(Prior 2013) und in Echokammern der sozialen Medien, in denen sich links- und rechtsgerichtete Bürger mit Gleichgesinnten austauschen (Barbera' et al. 2015, Flaxman et al. 2016). Wie sich dies auf den Rückgang und die parteipolitische Polarisierung des Vertrauens in die Regierung ausgewirkt hat, muss noch ermittelt werden, aber mit dem zusätzlichen Anreiz durch Fake News sollte diese Forschungslücke bald geschlossen werden.



**Abbildung 5**

Prozentualer Anteil derjenigen, die der Regierung vertrauen, unter den Parteifreunden (rot), den Parteifreunden (blau) und den Unabhängigen (orange). Personen, die sich als Demokraten oder Republikaner identifizierten, wurden je nachdem, ob der amtierende Präsident ihrer Partei angehörte, als Co-Parteimitglieder oder Out-Parteimitglieder bezeichnet. Die Gruppe der Unabhängigen umfasst also

auch die Parteilosen. Bei den Angaben handelt es sich um den gewichteten Prozentsatz der ANES-Befragten, die in persönlichen Gesprächen angaben, dass sie der Regierung meistens oder die ganze Zeit über vertrauen. Weitere Einzelheiten zu den Antwortmöglichkeiten und der Kodierung finden Sie in der Bildunterschrift zu **Abbildung 1**.



**Abbildung 6**

Unterschiede zwischen den Parteien beim Vertrauen in US-Institutionen und im Zeitverlauf. Die Zahlen zeigen den Unterschied in den (gewichteten) durchschnittlichen Vertrauenswerten (Punkte 1-3) von sich selbst identifizierenden Demokraten und Republikanern aus Daten der Allgemeinen Sozialerhebung.

## QUELLEN DER VERÄNDERUNG UND DES WANDELS

Die Erklärungen für Unterschiede im politischen Vertrauen zwischen Individuen, Kontexten und Zeit sind vielfältig. Es wurden viele Faktoren identifiziert, die mit Veränderungen des Vertrauens zusammenhängen, aber es besteht kein Konsens darüber, welche Faktoren die wichtigsten sind.

### Persona

Vertrauen und Misstrauen könnten stabile Dispositionen sein, deren Auswirkungen über mehrere Situationen hinweg verallgemeinert werden. Dennoch kann eine Konstante nicht die Veränderungen erklären, die offensichtlich stattgefunden haben, sodass diese intrapersonellen Faktoren am ehesten als Grundeinstellungen betrachtet werden können. Genetische Studien sind spärlich, da sich die meisten eher mit sozialem als mit politischem Vertrauen befassen (Mondak et al. 2017). Ojeda (2016), der Geschwister- und Zwillingspaare als Probanden verwendet, stellt fest, dass das Vertrauen in die Regierung eine genetische Komponente hat (mit einer Ererblichkeit von 0,2-0,4), und argumentiert, dass sich dies besonders unter Bedingungen der Bedrohung manifestiert, was das Zusammenspiel von Natur und Umwelt unterstreicht. Merolla et al. (2013) untersuchen die Rolle von Oxytocin, einem neuroaktiven Hormon, das bei Tieren eine Rolle bei sozialer Bindung und Zugehörigkeit spielt. Sie fanden heraus, dass eine experimentelle Manipulation der Oxytocinaufnahme das Vertrauen in Politiker und die Regierung erhöhte, allerdings nur bei Personen mit geringem sozialem Vertrauen. Studien, die das Big-Five-Inventar zur Untersuchung von Persönlichkeitsunterschieden in Bezug auf das Vertrauen in die Regierung verwenden (Freitag & Ackerman 2016, Mondak & Halperin 2008, Mondak et al. 2017), berichten, dass das Vertrauen tendenziell bei Personen mit hoher Verträglichkeit etwas höher und bei Personen mit hoher Offenheit und Extraversion etwas niedriger ist.

Die Idee, dass die Verbindungen zwischen politischem und sozialem Vertrauen eine tugendhafte oder lasterhafte

Zyklus hat weiterhin Aufmerksamkeit erregt, da er in Thesen über den Rückgang des Sozialkapitals eine wichtige Rolle spielt (Putnam 2001). Die Belege auf individueller Ebene sind uneinheitlich, obwohl der Zusammenhang robuster erscheint, wenn granulare Maße verwendet werden (Zmerli & Newton 2008). Es besteht ein starker zeitlicher Zusammenhang zwischen den



beiden Zeitreihen, auch wenn das soziale Vertrauen kurzfristig weniger schwankt und den in mehreren Ländern zu beobachtenden starken Rückgang des politischen Vertrauens nicht erklären kann (Newton 2006). Keele (2007) kommt zu dem Schluss, dass das niedrige und sinkende Niveau des sozialen Vertrauens das Gleichgewichtsniveau des politischen Vertrauens nach unten drückt.

Eine weitere mögliche Quelle für Vertrauen als stabile Disposition ist die frühe politische Sozialisation. Die Erkenntnisse aus der Jennings-Studie zur politischen Sozialisation sind für diese These entmutigend (Damico et al. 2000, Jennings et al. 2009), während die Forschung zur politischen Bildung gemischte Ergebnisse in Bezug auf

Vertrauen (Mayne & Hakhverdian 2017a). Es gibt mehr Unterstützung für die Idee, dass ein Generationswechsel im Gange ist und eine Triebkraft für die Abwärtstrends beim Vertrauen in den Vereinigten Staaten und Europa ist (siehe Dalton & Shin 2014, Norris 2011). Die Jüngeren haben tendenziell weniger Vertrauen in die Regierung als die Älteren, was eine Umkehrung des in den 1960er Jahren beobachteten Musters darstellt, aber ob dies einen Generationenwechsel widerspiegelt, der durch postmaterielle Werte verursacht wird, ist ungewiss (Dalton 2005). Die allgemeinere Behauptung, dass der Generationswechsel eine demokratische Dekonsolidierung mit sich bringt (Foa & Mounk 2016, 2017b), wurde in einem jüngsten Online-Austausch (Alexander & Welzel 2017, Foa & Mounk 2017a, Norris 2017, Voeten 2017) mit einem Chor widersprüchlicher Stimmen beantwortet.

Eine letzte Möglichkeit ist, dass bestimmte demografische Gruppen aufgrund systematisch unterschiedlicher Erfahrungen ein unterschiedliches Grundniveau an Vertrauen haben. Dennoch gibt es schwache Assoziationen zwischen demografischen Merkmalen und Vertrauen, die je nach Zeit und Kontext variieren. So haben Schwarze beispielsweise ein größeres Vertrauen in die Regierung, wenn die Demokraten die Präsidentschaft innehaben (Avery 2007, Wilkes 2015), obwohl weder sie noch Latinos ein größeres Vertrauen haben, wenn sie im Kongress oder auf lokaler Ebene von einer Person ihrer eigenen Ethnie vertreten werden (Gay 2002, Fowler et al. 2014; siehe jedoch Pantoja & Segura 2003). Viele Wissenschaftler untersuchen, ob sich Vertrauen je nach Ethnie, Zugehörigkeit oder Einwanderungsstatus eines Bürgers nach einer anderen Logik entwickelt (z. B. Abrajano & Alvarez 2010, Avery 2009, Hwang 2017, Maxwell 2010, Nunnally 2012).

### **Politisches Vertrauen als Politik**

Die vielversprechendste Erklärung für den Wandel des Vertrauens ist die Politik selbst. Politik ist das *Haupt-P*, unter dem andere Erklärungs-P gruppiert werden können. Die Liste von Citrin & Green (1986) umfasste Politik, Leistung, Partei und Persönlichkeit (der Führungspersönlichkeiten). Hetherington & Rudolph (2015) bevorzugen Leistung, Prozesse und Redlichkeit und fügen zwei weitere P hinzu, Priming und Polarisierung. Gemeinsam ist diesen Listen, dass jedes *p* davon ausgeht, dass die Öffentlichkeit auf Ereignisse in der Außenwelt reagiert, die sie entweder direkt oder durch die Linse der Medien und anderer Kommunikationsmittel erlebt. Allen Hypothesen und Erkenntnissen liegt zugrunde, dass das Vertrauen sinkt, wenn Regierungen und Institutionen die erwarteten Ziele nicht erreichen oder die vorgeschriebenen Normen nicht einhalten.

Der relative Einfluss dieser alternativen *p*-Faktoren ist umstritten. Die Forscher beziehen so viele wie möglich in die multivariate Analyse ein, aber der bekannte Kampf der Regressionskoeffizienten bleibt ergebnislos, zum Teil aufgrund von Unterschieden in den Stichproben, den Messungen, den Spezifikationen der Vorhersagegleichung und den begrenzten Freiheitsgraden für die Isolierung der Determinanten von Veränderungen im Zeitverlauf oder von kulturübergreifenden Unterschieden.

### **Unzufriedenheit mit der Politik**

In einem der frühesten Artikel über das Vertrauen in die Regierung argumentierte Miller (1974), dass die Unzufriedenheit mit der zentristischen Politik sowohl der Rechten als auch der Linken die Hauptursache für das sinkende Vertrauen in den späten 1960er Jahren war. Es ist logisch, dass Menschen, die mit der Richtung der Regierungspolitik unzufrieden sind, misstrauisch werden, aber die Zahl der Problemwähler ist begrenzt (Achen & Bartels 2016). Überraschenderweise widmet die neuere Literatur zum Thema Vertrauen der Unzufriedenheit mit der Politik nur wenig Aufmerksamkeit. Wenn sich die Parteien im Kongress im Zuge ihrer

Polarisierung weiter von ihren Parteifreunden in der Wählerschaft entfernt haben, könnte dies zum Rückgang des Vertrauens in die Regierung beitragen. Darüber hinaus könnte die zunehmende Kluft zwischen Demokraten und Republikanern in der Wählerschaft in Bezug auf bestimmte Themen die Ursache für das wachsende parteipolitische Vertrauensgefälle sein. Soweit uns bekannt ist, haben sich nur wenige Wissenschaftler mit diesen Ideen befasst.<sup>4</sup>

---

<sup>4</sup> Eine teilweise Ausnahme ist Jones (2015). Darüber hinaus beziehen Wissenschaftler manchmal Indikatoren für politischen Liberalismus und Makroparteilichkeit in Zeitreihenanalysen des Vertrauens ein. Diese Variablen erfassen die Tendenz, dass das Vertrauen mit der ideologischen oder parteipolitischen Ausrichtung der Wählerschaft variiert, nicht aber die politische Unzufriedenheit oder die Dynamik zwischen den Parteien.

Zu den neueren Arbeiten, die sich mit politischer Unzufriedenheit befassen, gehören *Stealth Democracy* (Hibbing & Theiss-Morse 2002) und die von ihm inspirierte Literatur (z. B. Allen & Birch 2015, Andre & Depauw 2017). Diese vergleichen Politikdistanz mit Prozessdistanz, um vertrauensbezogene Phänomene wie die Unterstützung für Reformen politischer Institutionen zu erklären (siehe auch Mayne & Hakhverdian 2017b).<sup>5</sup> McLaren (2012a,b, 2013) bringt den Rückgang der politischen Unterstützung im Vereinigten Königreich mit dem Anstieg der Anti-Einwanderer-Stimmung in Verbindung. Hetherington (2005, Kapitel 4) zeigt anhand von Paneldaten, dass bei der Einführung neuer Umverteilungsmaßnahmen die Unzufriedenheit mit der Politik zu Misstrauen führt. Schließlich fordert Schuck (2015), dass Wissenschaftler dem Versagen der Politik mehr Aufmerksamkeit schenken sollten. Eine kleine, aber wachsende Literatur tut dies, indem sie untersucht, wie die Einstellung der Bürger gegenüber der Regierung durch ihre direkten Erfahrungen mit Politik und Bürokraten beeinflusst wird, insbesondere in Bezug auf den Wohlfahrtsstaat und in Krisenkontexten (Ellinas & Lamprianou 2014, Kumlin & Haugsgjerd 2017). Ahmed & Braithwaite (2005) stellen fest, dass negative Erfahrungen mit einem staatlichen Darlehensprogramm für Studenten die Meinung der Menschen über ganz andere staatliche Maßnahmen beeinflussen.

## Leistung

Wie die Theorie der retrospektiven Wahl nahelegt, verringern schlechte wirtschaftliche Zeiten im Allgemeinen das Vertrauen in die Regierung; dies gilt unabhängig davon, ob man subjektive Wahrnehmungen der Wirtschaft oder objektive Indikatoren als Maßstab für die Leistung heranzieht. Welcher Aspekt der Wirtschaftsleistung am wichtigsten ist und die Dynamik des Wandels im Laufe der Zeit erklärt, bleibt jedoch ungewiss. Wroe (2016) hat neue Maßstäbe für wirtschaftliche Unsicherheit entwickelt, die seiner Meinung nach den üblichen wirtschaftlichen Bewertungen überlegen sind, um das Vertrauen in die Regierung zu verstehen. Der Index of Consumer Sentiment, ein aggregiertes Meinungsmaß, ist ein guter Prädiktor für Vertrauen (z. B. Keele 2007, Hetherington & Rudolph 2015). Stevenson & Wolfers (2011) zeigen eine klare Korrelation zwischen der Arbeitslosenquote und dem Vertrauen in politische Institutionen im Zeitverlauf in den Vereinigten Staaten und anderen OECD-Ländern, während van Erkel & van der Meer (2016) berichten, dass Veränderungen des Wirtschaftswachstums, der Haushaltsdefizite, der Arbeitslosigkeit und der Inflation das Vertrauen in die Regierung in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union zwischen 1999 und 2011 beeinflussen. Whiteley et al. (2016) betrachten die Überzeugungen der Bürger in Bezug auf Verfahren und Leistung gemeinsam und argumentieren, dass Beschwerden über Verfahren das Vertrauen direkt beeinträchtigen, aber auch die negativen Auswirkungen einer schlechten Leistung verstärken können.

Die neuere Literatur hat sich auch mit der Bedeutung von Erfolgen und Leistungen der Regierung befasst.

Misserfolge. Chanley (2002), Chanley et al. (2000) und Hetherington & Rudolph (2008, 2015) argumentieren, dass die Frage, welcher Aspekt der Regierungsleistung für das Vertrauen wichtig ist, davon abhängt, worauf sich die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit richtet (siehe auch Pharr 2000). Sie argumentieren, dass das Vertrauen als Reaktion auf eine außenpolitische Krise zunimmt, wenn die Krise die Aufmerksamkeit der Menschen von innenpolitischen Problemen ablenkt.<sup>6</sup> Hetherington & Rudolph (2015) argumentieren, dass wirtschaftliche Abschwünge das Vertrauen in die Regierung stärker beeinträchtigen als wirtschaftliche Aufschwünge es wiederherstellen, weil erstere für die Öffentlichkeit auffälliger sind. Es häufen sich die Belege für dieses Argument, dass die Bedeutung eines Themas oder Problems eine

Rolle spielt, doch ist weiterhin Vorsicht geboten. So kann beispielsweise die positive Wirkung außenpolitischer Krisen verschwinden, wenn die Polarisierung dazu führt, dass die Politik nicht mehr am Rande des Wassers Halt macht.

---

<sup>5</sup> In dieser Literatur ist die Politikdistanz die wahrgenommene Kluft zwischen der aktuellen Regierungspolitik und dem politischen Idealpunkt der Bürger, während die Prozessdistanz die wahrgenommene Kluft zwischen der Art und Weise, wie die Regierung politische Entscheidungen trifft, und der Art und Weise, wie die Bürger diese Entscheidungen treffen möchten, ist. Das Prozesskontinuum kontrastiert bottom-up, deliberative Prozesse mit top-down, repräsentativen Prozessen.

<sup>6</sup> Die Logik für dieses Ergebnis ist nach der Systemrechtfertigungstheorie (Jost et al. 2004) eine andere, die besagt, dass Menschen motiviert sind, den Status quo und das politische System, in dem sie leben, zu verteidigen. Wenn das System oder das Land bedroht ist, ist die Standardreaktion eine verstärkte Verteidigung und der Ausdruck von Unterstützung und Verbundenheit.

Eine andere Wendung kommt von Albertson & Gadarian (2015). Anhand von Nachrichten über die öffentliche Gesundheit und andere Krisen, die Angst auslösen, unterscheiden sie zwischen der Bedeutung interner Bedrohungen - die von einem "Defizit" in der Regierung ausgehen - und externer Bedrohungen, wie einer Grippeepidemie oder einer außenpolitischen Krise. Wenn die Angst unter den erstgenannten Bedingungen zunimmt, sinkt das Vertrauen tendenziell, aber wenn die Angst eine exogene, externe Quelle hat, wenden sich die Menschen an die Regierung, um Hilfe zu erhalten, und das Vertrauen kann steigen. Die Schlussfolgerung aus dieser Arbeit ist, dass schlechte Leistungen zwar generell das Vertrauen schwächen, eine unmittelbare Krise aber zumindest kurzfristig den gegenteiligen Effekt haben kann.

## **Parteilichkeit und Polarisierung**

Die parteipolitischen Unterschiede beim Vertrauen in die Regierung sind nicht neu. Das Rätsel ist, warum sie zunehmen. Wir haben bereits eine Möglichkeit erwähnt - dass Demokraten und Republikaner zunehmend unzufrieden mit der politischen Agenda der anderen Partei sind. Hetherington & Rudolph (2015) stellen drei weitere Ideen vor. Die erste ist, dass die wachsende parteipolitische Vertrauenslücke affektive Wurzeln hat, die mit der wohlbekannten Zunahme der Antipathie gegenüber Parteilosen zusammenhängen. Zweitens könnte die parteipolitische Voreingenommenheit bei Leistungsbewertungen zunehmen, wie ein Vergleich der Jahre 2002 und 2004 zeigt. Die dritte und innovativste Idee ist, dass die Bürger bei der Beurteilung der Vertrauenswürdigkeit von Regierungen stärker auf gute Leistungen reagieren, wenn ihre Partei an der Macht ist, und stärker auf schlechte Leistungen, wenn ihre Partei nicht an der Macht ist. Laut Hetherington & Rudolph (2015) hat sich diese parteipolitische Dynamik in den letzten Jahren verstärkt.<sup>7</sup>

Die Polarisierung der Parteien ist ebenfalls ein Hauptverdächtiger für den allgemeinen Abwärtstrend des Vertrauens. Die Polarisierung im Kongress verstärkt Konflikte, Beschimpfungen und das Versäumnis, Anerkennung zu geben, wenn sie fällig wäre, während sie gleichzeitig den Stillstand und die Zerstrittenheit in wichtigen Fragen fördert (Binder 2003, Mann & Ornstein 2012). Diese innerparteilichen Konflikte können die Verachtung für den politischen Prozess nur verstärken und dazu beitragen, das Vertrauen zu schwächen (siehe Jones 2015, Theiss-Morse et al. 2015). Zeitreihenanalysen zeigen, dass die Polarisierung im Kongress mit dem aggregierten Vertrauensniveau korreliert (Jones 2015, Hetherington & Rudolph 2015). Inhaltsanalysen zeigen, dass die Massenmedien der Polarisierung immer mehr Aufmerksamkeit schenken (Levendusky & Malhotra 2016), wobei die Berichterstattung überwiegend negativ ist (Robison & Mullinix 2016). Umfrageexperimente deuten darauf hin, dass das Vertrauen in den Kongress gestärkt wird, wenn die Gesetzgebung als parteiübergreifend unterstützt dargestellt wird (Harbridge & Malhotra 2011), während eine stärkere Betonung der Polarisierung das Vertrauensniveau senken kann (Robison & Mullinix 2016).

## **Verfahren und Rechtschaffenheit**

Die Beschäftigung mit Verfahren lenkt die Aufmerksamkeit auf das Verhalten von Politikern und darauf, ob sich politische Institutionen an die Regeln halten. Ein Teil der Forschung konzentriert sich auf die Verfahrensgerechtigkeit, insbesondere bei der Polizei und den Gerichten (siehe Tyler & Jackson 2013). Die Hypothese ist, dass die Bürger, wenn die Regierung die Menschen mit Respekt behandelt und ihnen eine faire Anhörung gewährt, bereit sind, schmerzhaftes Ergebnisse zu akzeptieren und dennoch das Vertrauen in die Institutionen zu bewahren. Diese Form der Legitimität verringert, wenn sie gefestigt ist, die Kosten für die Einhaltung des Gesetzes und gibt den Beamten mehr Handlungsfreiheit. Es ist unklar, ob dieser positive Effekt der Verfahrensgerechtigkeit bestehen bleibt, wenn der Einzelne immer wieder

auf der Verliererseite von offiziellen Entscheidungen oder politischen Ergebnissen steht.

Eine zweite Strömung prozessorientierter Forschung, angeführt von Hibbing & Theiss-Morse (1995, 2001, 2002), betont die Sicht der Bürger auf den Kongress. Der Prozess geht in die Redlichkeit über, wenn der Fokus auf

---

<sup>7</sup>Anderson & LoTempio (2002), Craig et al. (2006) und Blais & Gelineau (2007) finden alle Gewinner-Verlierer-Effekte auf das Vertrauen (d.h. mehr Vertrauen, wenn der Kandidat, für den man gestimmt hat, gewonnen hat, weniger Vertrauen, wenn der Kandidat, für den man gestimmt hat, verloren hat), nachdem sie für die Parteiidentifikation kontrolliert haben. Da das Wählen auf der Parteilinie zugenommen hat, könnten Gewinner-Verlierer-Effekte auch für das Verständnis der wachsenden Kluft zwischen den Parteien relevant sein.

Die Bürger beschwerten sich darüber, dass die Politiker unehrlich und eigennützig sind und sich Sonderinteressen gegenüber verpflichtet fühlen. Der Prozess gleitet in die Leistung ab, wenn es um die Gesetzgebung des Kongresses geht, wobei die Bürger den Kongress dafür verurteilen, dass er Gesetze verabschiedet, die engstirnigen Interessen dienen, oder dass er nichts Sinnvolles zustande bringt. Diese Wahrnehmungen von "Prozess"-Mängeln, die möglicherweise zutreffen (Brady & Theriault 2001),<sup>8</sup>, wirken sich eindeutig auf das Vertrauen in die Regierung aus. Da jedoch Wissenschaftler die Wahrnehmung von Prozessen nicht in die großen nationalen Umfragen aufgenommen haben, wissen wir weniger über dieses Thema, als wir sollten. Siehe Gangl (2007) und Rose (2014) für neuere Arbeiten, die spezielle Umfragen nutzen.

Ein dritter Forschungszweig befasst sich mit Skandalen. Das Vertrauen in die Regierung hat nach Watergate einen schweren Schlag erlitten, und Wissenschaftler bewerten nun die Auswirkungen spezifischer Skandale sowie länderübergreifende Unterschiede bei der Verankerung von Korruption. Die Medienberichterstattung über Skandale und Korruption beeinflusst diese Beziehung verständlicherweise (Pharr 2000). Zeitreihenstudien wie die von Keele (2007) zeigen, dass einige Skandale das Vertrauen beeinflussen (z. B. der Bankenskandal im britischen Parlament), andere hingegen nicht (z. B. die Lewinsky-Affäre). Bowler & Karp (2004) zeigen, dass die Wähler von Abgeordneten, die in Skandale verwickelt sind, weniger Vertrauen in die Regierung haben. Dies kann zu einer Spirale des Zynismus führen, meint Dancey (2012), der anhand von Paneldaten zeigt, dass die Misstrauischen eher bereit sind, neuen Behauptungen über Fehlverhalten Glauben zu schenken.

Neue Untersuchungen zur Integrität von Wahlen stellen schließlich den Prozess in den Mittelpunkt. Obwohl ein Großteil dieser Arbeiten einen makropolitischen Schwerpunkt hat, wurde in der jüngsten Runde der WVS gefragt, wie oft die Menschen der Meinung sind, dass positive Praktiken (z. B. Stimmen werden fair gezählt, Wahlbeamte sind fair) und negative Praktiken (z. B. reiche Leute kaufen Wahlen, Wähler werden bei der Wahl mit Gewalt bedroht) vorherrschen. Norris (2014) zeigt, dass diese Überzeugungen starke Prädiktoren für das Vertrauen in die Regierung sind (wobei negative Wahrnehmungen das Misstrauen verstärken). Studien darüber, wie die Wahltechnologie und die Erfahrungen im Wahllokal das Vertrauen der Amerikaner in die Wahlen beeinflussen, verbinden ihre Analysen leider nicht mit dem Vertrauen in die Regierung an sich (z. B. Alvarez et al. 2008, Claassen et al. 2013). Viele Beobachter hoffen, dass Webschnittstellen und E-Government die Bürger dazu ermutigen werden, die Regierung als zugänglicher, transparenter, reaktionsfähiger und ähnliches zu beurteilen, aber die Forschung zu diesen Fragen steht noch am Anfang (Tolbert & Mossberger 2006).

## Massenmedien

Die Auswirkungen der Medien auf politische Einstellungen sind bekanntermaßen schwer zu identifizieren. Dennoch haben Wissenschaftler fünf Trends mit dem geringen und abnehmenden Vertrauen in die Regierung in Verbindung gebracht: (a) mehr negative Wahlkampfwerbung und mehr Berichterstattung darüber in den Massenmedien (Geer 2012, Lau et al. 2007), (b) mehr Fokus auf Strategie und Umfragen in der Wahlberichterstattung (Aalberg et al. 2012, Cappella & Jamieson 1997), (c) weniger Höflichkeit in der Nachrichtenberichterstattung und in der Blogosphäre (Borah 2013, Mutz 2005, Sobieraj & Berry 2011), (d) eine stärkere Konzentration auf "weiche" statt "harte" Nachrichten (Boukes & Boomgaarden 2015) und (e) eine stärkere Berichterstattung über die Polarisierung der Parteien, wie oben beschrieben. Soziale Medien erhalten auch mehr Aufmerksamkeit von besorgten Wissenschaftlern (z. B. Persily 2017).<sup>9</sup> Einige dieser Entwicklungen sind elitengetrieben, da Politiker und Organisationen versuchen, ihre



Agenden voranzutreiben, indem sie sich das Misstrauen der Massen zunutze machen oder sogar schüren (Fried & Harris 2001, 2015).

Die Literatur zum Thema Vertrauen im Zusammenhang mit negativer Werbung, Pferderennberichterstattung und Unhöflichkeit im Fernsehen ist am weitesten entwickelt, aber auch hier sind die Ergebnisse widersprüchlich. So kam beispielsweise eine Metaanalyse aus dem Jahr 1999 über die Auswirkungen negativer Werbung zu dem Schluss, dass diese keine Auswirkungen auf das Vertrauen hat, aber diese Position wurde in einer Folgeuntersuchung aus dem Jahr 2007 revidiert (Lau et al. 1999,

---

<sup>8</sup> Zum Beispiel die Grundregel des Kolumnisten Joe Klein: "Wenn der Kongress etwas verabschiedet hat, ist es entweder bedeutungslos, dumm und symbolisch oder eine krasse Schweinerei" ([http://swampland.time.com/2007/10/24/why\\_americans\\_hate\\_congress](http://swampland.time.com/2007/10/24/why_americans_hate_congress)).

<sup>9</sup> Es gibt keine Übersicht über die gesamte Literatur, aber Newton (2017) und Schuck (2017) sind hilfreich.

2007). Nachfolgende Studien sind weiterhin zu beiden Seiten des Themas gekommen (z. B. Gotlieb et al. 2017, Jackson et al. 2009). In der Tat könnte man sich auch fragen, warum die Massenmedien angesichts des stark gesunkenen Vertrauens der Menschen in die Glaubwürdigkeit der Medien und der Dynamik der selektiven Exposition eine starke, verallgemeinerte Wirkung auf die Einstellungen haben sollten. Doch die wissenschaftliche Diskussion zu diesen Themen wächst und wir können hoffen, dass sie in den kommenden Jahren mehr Klarheit bringt.

## **DIE POLITISCHE BEDEUTUNG DES VERTRAUENS IN DIE REGIERUNG**

Das Interesse an politischem Vertrauen beruht weitgehend auf der Überzeugung, dass es sich auf die Effizienz der Regierung und die demokratische Stabilität auswirkt. Dementsprechend hat die Forschung sowohl systemische Zusammenhänge als auch Auswirkungen auf individuelle Einstellungen und Verhaltensweisen untersucht. Der erstgenannte Schwerpunkt ist in der historischen und vergleichenden Institutionenforschung sowie in der zunehmenden Legitimitätsforschung zu finden, die in der Regel auch die individuelle Ebene berücksichtigt (siehe Tyler 2006). Wissenschaftler, die Ergebnisse auf Makroebene mit aggregierten Umfragedaten untersuchen, sehen sich mit den üblichen Problemen konfrontiert, die sich aus zu vielen konkurrierenden erklärenden Variablen und zu wenigen Freiheitsgraden ergeben. Dieses Problem wird sich verringern, wenn nicht gar verschwinden, wenn die Zeitreihen länger werden und die länderübergreifende Umfrageforschung zunimmt.

Wir konzentrieren uns auf die Folgen des Vertrauens auf individueller Ebene für politische Präferenzen, politische Partizipation, Wahlentscheidung und Compliance. Hier besteht eine offensichtliche Schwierigkeit darin, die Richtung des Einflusses zu bestimmen. So wird beispielsweise die Unzufriedenheit mit dem amtierenden Präsidenten mit einem höheren Maß an politischem Misstrauen in Verbindung gebracht (Erber & Lau 1990), aber es ist auch der Fall, dass Personen mit geringerem Vertrauen in die Regierung eher für Kandidaten stimmen, die nicht für das Amt des Präsidenten kandidieren (Citrin & Green 1986, Hetherington 1998). In gleicher Weise senkt die Unzufriedenheit mit der Politik das Vertrauen in die Regierung, aber wenn das Vertrauen gering ist, ist es schwieriger, genau diese Politik umzusetzen (Hetherington & Rudolph 2015).

## **Konsequenzen für politische Präferenzen**

Die Möglichkeit, dass Vertrauen politische Präferenzen beeinflusst, wurde von vielen Wissenschaftlern angesprochen (z. B. Chanley et al. 2000, Sholz & Lubbell 1998), aber die Kernideen wurden in einem breiten Forschungsprogramm entwickelt, das von Hetherington und Rudolph dominiert wurde (siehe Rudolph 2017 für einen Überblick). Der Großteil der Forschung konzentriert sich auf die Vereinigten Staaten, aber die Argumente wurden auch auf andere Länder angewandt (z. B. Tru" dinger & Bollow 2011). Die Kernaussage ist, dass die Menschen nicht bereit sind, politische Maßnahmen zu unterstützen, die mit persönlichen Risiken oder Opfern verbunden sind, wenn sie der Regierung nicht vertrauen. Wenn es um Risiken oder Opfer geht, nutzen die Menschen das Vertrauen in die Regierung als Heuristik, um zu entscheiden, ob positive Ergebnisse eintreten werden; diese Entscheidung beeinflusst dann ihre Unterstützung für Regierungsaktivitäten. Diese Entscheidung beeinflusst dann die Unterstützung der Regierungstätigkeit. Außerdem gelten die gleichen Effekte für Liberale und Konservative. Liberale nutzen die Vertrauensheuristik, wenn sie überlegen, ob sie riskante, von der Rechten geförderte Maßnahmen unterstützen sollen, während Konservative dasselbe tun, wenn sie riskante, von der Linken geförderte Maßnahmen in Betracht ziehen.

Der wichtigste Beleg für diese Schlussfolgerungen ist die Feststellung, dass der Zusammenhang zwischen Vertrauen und politischen Präferenzen bei Menschen am größten ist, die vermutlich Risiken oder Opfer in Kauf nehmen. Fairbrother (2017) testet diese Ideen jedoch anhand einer experimentellen Studie über die Bereitschaft der Menschen, Steuern auf umweltschädliche Aktivitäten zu zahlen. Einige Personen erfuhren, dass die Umweltverschmutzungssteuer durch Steuersenkungen an anderer Stelle ausgeglichen werden würde, während andere erfuhren, dass der Ausgleich der Steuersenkungen nur versprochen worden war. Dieser Unterschied machte für die vertrauenden Personen keinen Unterschied, wohl aber für die misstrauischen, deren Unterstützung für die Umweltverschmutzungssteuer merklich zurückging, als der Steuerausgleich nicht mehr garantiert, sondern nur noch versprochen wurde.

Hetherington & Rudolph (2015) erweitern das Argument um eine Priming-Logik. Anhand von Experimenten und Beobachtungen zeigen sie, dass die Bedeutung eines bestimmten Politikbereichs zunächst beeinflusst, was die Menschen im Kopf haben, wenn sie darüber nachdenken, ob die Regierung vertrauenswürdig ist, d. h. Vertrauen wird durch bereichsspezifische Überlegungen geprägt. Vertrauen übt dann einen

einen besonders starken Einfluss auf die politischen Präferenzen in diesem Bereich. Wenn sich politische Debatten in der realen Welt aufheizen, können natürlich viele Dinge gleichzeitig passieren - das Thema kann an Bedeutung gewinnen, die Bürger können neue Informationen über die damit verbundenen Risiken und Opfer erhalten, und die Bürger können erfahren, wie die Parteien zu dem Thema stehen (Lenz 2009). Künftige Forschungsarbeiten müssen diese komplexen Zusammenhänge bei der Ermittlung der Auswirkungen von Vertrauen auf die politischen Präferenzen berücksichtigen.

Insgesamt lässt sich aus dieser Untersuchung schließen, dass Vertrauen eine Ressource ist, die staatliches Handeln ermöglicht. Wenn die Bürger Vertrauen haben, kann die Regierung auf liberale Forderungen nach mehr Staatsausgaben und Regulierung eingehen, weil sie die Duldung vertrauensvoller Konservativer gewinnen kann, aber die Regierung kann auch konservative Ziele wie Steuersenkungen und die Privatisierung der Sozialversicherung erreichen, weil vertrauensvolle Liberale umgestimmt werden können. Die verhängnisvolle gegenteilige Schlussfolgerung ist, dass weit verbreitetes politisches Misstrauen es den Regierungen erschwert, etwas zu erreichen.

### **Konsequenzen für die Teilnahme**

In der Literatur über die Auswirkungen auf die Wahlbeteiligung werden seit langem konkurrierende Erwartungen anerkannt. Einerseits könnte Vertrauen ein Gefühl der staatsbürgerlichen Bestätigung sein, das zu politischem Engagement, einschließlich der Stimmabgabe, anregt. Andererseits könnten die Vertrauensvollen mit der Regierung zufrieden sein und sie als wenig überwachungsbedürftig ansehen, so dass das Vertrauen den Anreiz zur politischen Beteiligung schwächen könnte. Nach dieser Argumentation wären erhöhte Wachsamkeit und Aktivität, einschließlich Protest, häufiger bei denjenigen zu finden, die der Regierung skeptisch oder misstrauisch gegenüberstehen. Gabriel (2017) gibt einen hervorragenden Überblick über diese Fragen und kommt zu dem enttäuschenden Schluss, dass "die Spekulationen über die Auswirkungen der Vertrauenskrise auf die politische Aktivität die solide empirische Forschung über die Beziehung zwischen Vertrauen und politischer Beteiligung bei weitem überwiegen" (S. 228). Es scheint, dass der Rückgang der Wahlbeteiligung in den fortgeschrittenen Demokratien nicht auf die damit einhergehende Erosion des Vertrauens in die Regierung zurückzuführen ist.<sup>10</sup>

Das Argument, dass Misstrauen eher zum Engagement als zum Rückzug anregt, scheint stärker zu sein. Peterson et al. (2016) stellen fest, dass aggregierte Trends in Bezug auf politisches Interesse und Vertrauen negativ korreliert sind, während andere Untersuchungen (Miller & Krosnick 2004, Miller et al. 2016) zeigen, dass Menschen in beiden Parteien eher bereit sind, finanzielle Beiträge zu leisten und gewählte Vertreter zu kontaktieren, wenn sie befürchten, dass sich eine unerwünschte politische Veränderung anbahnt. Die Vorstellung, dass Trumps Sieg eine neue Welle des politischen Engagements unter den Linken ausgelöst hat, ist ein gängiges Medienthema (siehe Liu 2017 für ein Beispiel).

### **Konsequenzen für die Stimmabgabe**

Das Vertrauen steht möglicherweise in keinem Zusammenhang mit der Wahlbeteiligung, weil die misstrauischen Wähler ihre Unzufriedenheit eher durch ihre Stimme (z. B. für die Opposition) als durch ihre Stimmenthaltung zum Ausdruck bringen (Citrin & Luks 2001). Die Forschung hat durchweg die Idee bestätigt, dass politisches Misstrauen ein Verhalten gegen die etablierten Parteien motiviert. Dalton & Weldon (2005) zeigen, dass Menschen, die den politischen Parteien misstrauen - in den USA sind das die "Independents" -, häufiger für

Parteien stimmen, die nicht an der Macht sind. Diese Muster sind in Systemen, in denen eine Wahlpflicht besteht, noch stärker ausgeprägt (Be'linger 2017). Die Tatsache, dass das Gesamtvertrauen in proportionalen Wahlsystemen höher ist, könnte auf die größeren Möglichkeiten in diesen Ländern zurückzuführen sein, mit denen die Misstrauischen ihr Unbehagen zum Ausdruck bringen können (Be'linger 2017, S. 244). Es ist unklar, was passiert, wenn die Misstrauischen die Wahl haben, sich entweder für die etablierte Opposition oder für extremere Parteien zu entscheiden (Hooghe et al. 2011) - ein wichtiges Thema in der heutigen Zeit, in der rechtspopulistische Parteien eine Option sind.

---

<sup>10</sup>Vertrauen in die Parteien und Vertrauen in die Integrität der Wahlen sind jedoch mit einer höheren Wahlbeteiligung verbunden (Dalton & Weldon 2005, Norris 2014).

## Konsequenzen für die Einhaltung der Vorschriften

Der Erwartung, dass Vertrauen zur Einhaltung von Gesetzen führt, liegen zwei Perspektiven zugrunde. Die erste ist die Idee des Vertrauens als Heuristik, die die Arbeit von Hetherington und Rudolph über Vertrauen und politische Präferenzen inspirierte (Rudolph 2017). Mit den Worten von Scholz & Lubell (1998, S. 400),

Compliance ist eine ... risikoreiche Beziehung; die Bürger unternehmen eine unmittelbare kostspielige Anstrengung wie das Bezahlen von Steuern und gehen das Risiko ein, dass der als Gegenleistung für die Compliance erwartete künftige kollektive Nutzen (steuergestützte öffentliche Güter für die Einhaltung von Steuern, ein geordneter Verkehr für die Einhaltung von Verkehrsregeln, eine geringere Umweltverschmutzung für die Einhaltung von Umweltgesetzen) nicht eintritt, es sei denn, die Regierung und andere Bürger halten ihren Teil der Abmachung ein.

Die zweite Perspektive betrachtet das Vertrauen in Behörden als eine intervenierende Variable zwischen den Erfahrungen mit Verfahrensgerechtigkeit und den Entscheidungen zur Einhaltung der Vorschriften. Wie Hough et al. (2010) die Logik beschreiben, hat die Art und Weise, wie Menschen von Polizei- und Justizbeamten behandelt werden, Einfluss darauf, ob sie diesen Institutionen vertrauen, was wiederum Einfluss darauf hat, ob sie diesen Institutionen Legitimität verleihen, was wiederum Einfluss auf die Autorität hat, über die die Institutionen verfügen können, was wiederum die Bereitschaft der Menschen beeinflusst, zu gehorchen und zu kooperieren (siehe Tyler 2006, Tyler & Jackson 2013).

In dieser Literatur wurde Vertrauen als intervenierende Variable nicht in den Mittelpunkt gestellt. Stattdessen lag der Fokus auf anderen Einstellungen wie dem Gefühl, ein gesetzestreuer Bürger zu sein oder die Pflicht zu haben, zu gehorchen. Hier wurde eine Chance vertan, was besonders bedauerlich ist, da dies der einzige Bereich der vertrauensbezogenen Forschung ist, in dem Wissenschaftler Feldexperimente durchführen (z. B. Jackson 2015, Mazerolle et al. 2013). Dennoch haben zahlreiche Studien gezeigt, dass das Vertrauen in die Regierung mit Einstellungen korreliert, die mit der Einhaltung von Vorschriften zusammenhängen, insbesondere in Bezug auf die Zahlung von Steuern. Im Gegensatz zu den früheren Studien von John Scholz und Kollegen verwenden diese neueren Arbeiten keine Umfragedaten, um die Einhaltung der Vorschriften durch die Steuerzahler an sich zu schätzen. Stattdessen konzentrieren sie sich auf zukünftige Absichten oder Überzeugungen darüber, ob Steuerbetrug jemals gerechtfertigt ist, was üblicherweise als Steuermoral bezeichnet wird (z. B. Alm & Torgler 2006, Feld & Frey 2007, Lago-Pen˜as & Lago-Pen˜as 2010, Marien & Hooghe 2011).

## SCHLUSSFOLGERUNG

Die vorliegende Untersuchung konzentriert sich auf das Vertrauen in die Regierung und vermeidet eine Auseinandersetzung mit der umfangreichen Literatur zur Systemunterstützung oder zur Zufriedenheit mit der Demokratie (Norris 2011). Wir haben uns auch, vielleicht zu Unrecht, auf *die Politik* des politischen Vertrauens konzentriert. Langfristige Werteveränderungen, die den Respekt vor traditioneller Autorität schwächen, und die Erosion des sozialen Vertrauens aufgrund des Ausfransens der Zivilgesellschaft können dazu beitragen, das Entstehen einer skeptischen politischen Kultur zu erklären, die es schwierig macht, den Vertrauensschwund umzukehren. Diese sich langsam entwickelnden soziologischen Faktoren erklären jedoch nicht die starken Veränderungen im Vertrauen in die Regierung, die für die letzten Jahrzehnte charakteristisch sind.

In der Tat sind neue Formen des Misstrauens aufgetaucht, die Zweifel an der Solidität der liberalen Demokratie aufkommen lassen. Populistische Ausbrüche in den Vereinigten Staaten

und Europa sind Anzeichen für politisches Misstrauen. Populismus (Oliver & Rahn 2016) steht für eine Revolte des Volkes gegen die Eliten. Er ist grundsätzlich anti-institutionell und sucht einen direkten Weg von der Volksmeinung zur Regierungspolitik. Populisten sind misstrauisch gegenüber Experten und leichtgläubig gegenüber der allgemeinen Meinung. Das "Establishment" wird in verschwörerischen Begriffen beschrieben; so wurden die Wähler 2016 (von Trump) gewarnt, dass die Wahl "manipuliert" würde, um ihren Sieg zu verhindern. Die Quellen des Populismus, zumindest auf der politischen Rechten, sind Gefühle des Verlusts, sowohl in wirtschaftlicher als auch in kultureller Hinsicht, wobei etablierte und weit entfernte Behörden als die verantwortlichen Akteure wahrgenommen werden. Die Explosion populistischer Gefühle in vielen Ländern legt nahe, dass der Fokus des Misstrauens auf die Gefühle der Bevölkerung gegenüber scheinbar etablierten institutionellen Arrangements ausgeweitet werden sollte. Gleichzeitig müssen neue Forschungen zu Populismus und konspirativem Denken das vorhandene Wissen über Vertrauen aufgreifen und Vertrauensmaße einbeziehen.

Empfehlungen, wie man das politische Vertrauen erhöhen kann, sind meist aussichtslos. Wenn Vertrauen verdient werden muss, macht die Kombination aus steigenden Erwartungen, Wertekonflikten und zunehmend unlösbaren Problemen eine anhaltende erfolgreiche Regierungsarbeit schwierig. Darüber hinaus ist die parteipolitische Polarisierung, sowohl im affektiven als auch im ideologischen Bereich, ein gewaltiges Hindernis für die schnelle Wiederherstellung des Vertrauens. Die Polarisierung macht es den Menschen schwer, sich über die Leistungen der Regierung zu einigen, selbst über etwas so scheinbar Objektives wie den Grad der wirtschaftlichen Verbesserung. Der Vorschlag, dass die politischen Eliten die Öffentlichkeit in eine vertrauensvolle Richtung drängen könnten, indem sie ihre Aufmerksamkeit auf außenpolitische Themen lenken, stellt wahrscheinlich den Triumph der Hoffnung über die Erfahrung dar. Innenpolitische Themen dominieren die öffentlichen Sorgen, und darüber hinaus zeigt die Geschichte zunehmend, dass schnelle und erfolgreiche Lösungen für außenpolitische Krisen unwahrscheinlich sind.

Welche Möglichkeiten gibt es also, um das Vertrauen wiederherzustellen? Eine Möglichkeit ist ein politisches Erdbeben, bei dem eine Partei eine solche Dominanz erreicht, wie wir sie zuletzt 1964 und 1974 in den Vereinigten Staaten erlebt haben. Dies könnte eine Gelegenheit sein, den Stillstand zu überwinden und die Forderungen nach Veränderungen zu erfüllen. Zumindest würde das Auftauchen einer dominanten Partei das Gleichgewicht der Loyalitäten zwischen den Parteien neu verteilen, was im Laufe der Zeit zu einem höheren Vertrauen führen könnte. Ein zweiter potenzieller Vertrauensschub wäre das Auftauchen einer charismatischen Führungspersonlichkeit, deren Tugenden und Popularität auf die Institutionen projiziert würden und das Vertrauen in sie stärken würden. Charismatische Autorität ist jedoch schwer zu institutionalisieren, und ihre Übertragung hängt von einer anhaltenden Periode des Wirtschaftswachstums und des Wohlstands ab. Eine dritte Möglichkeit, das Vertrauen zu erhöhen, könnte man als Vertrauen in die Einzelhandelspolitik bezeichnen. Das heißt, wenn die Bürger den Institutionen vertrauen, mit denen sie am engsten zu tun haben - der Polizei, dem Steuereintreiber, dem Straßenreiniger, der Schulbehörde usw. -, könnte ihr Vertrauen in diese wohnortnahen Vertretungen der Regierung das Misstrauen gegenüber den weiter entfernten Bundesinstitutionen abschwächen. Wie Suzanne Mettler und andere hervorgehoben haben, sind sich die Menschen jedoch oft nicht über die Vorteile von Regierungsmaßnahmen bewusst, die sie schnell als Verschwendung verurteilen.

Wir schließen mit einer Frage, die vielleicht nicht zu beantworten ist: Wie viel politisches Vertrauen ist zu wenig oder zu viel für das Gemeinwohl? Reagans Aphorismus über Vereinbarungen mit der Sowjetunion lautete: "Vertraue, aber überprüfe". Wenn fehlendes Vertrauen zu Lähmung und Ungehorsam führt, kann blindes Vertrauen zu weitreichendem Machtmissbrauch führen. Skepsis, die Mitte des Kontinuums, scheint ein vernünftiger Ausgangspunkt zu sein, wobei Veränderungen von einer sorgfältigen, unvoreingenommenen Überwachung des Verhaltens der Regierung abhängen sollten. Obwohl eine unvoreingenommene Beobachtung in der heutigen überparteilichen Politik kaum möglich ist, können Verzerrungen abgeschwächt werden. Vielleicht sollten Wissenschaftler genauer darüber nachdenken, welches Maß an Vertrauen rational ist und wie die Öffentlichkeit dorthin gebracht werden kann.

## **OFFENLEGUNGSERKLÄRUNG**

Die Autoren sind sich keiner Zugehörigkeit, Mitgliedschaft, Finanzierung oder finanziellen Beteiligung bewusst, die als Beeinträchtigung der Objektivität dieser Rezension angesehen werden könnte.



## **DANKSAGUNGEN**

Die Autoren danken Kris Kay und Neil O'Brian für ihre wertvolle Unterstützung bei der Recherche und Whitney Mello für die fachkundige Hilfe bei der Erstellung des Manuskripts. Wir danken auch dem Institute of Governmental Studies an der University of California, Berkeley, für seine finanzielle Unterstützung.

## **ZITIERTE LITERATUR**

Aalberg T, Stroömbäck J, De Vreese CH. 2012. The framing of politics as strategy and game: a review of concepts, operationalizations and key findings. *Journalism* 13(2):162-78

- Abrajano MA, Alvarez RM. 2010. Bewertung der Ursachen und Auswirkungen des politischen Vertrauens unter US-Latinos. *Am. Politik Res.* 38(1):110-41
- Achen CH, Bartels LM. 2016. *Democracy for Realists: Why Elections Do Not Produce Responsive Government*. Princeton, NJ: Princeton Univ. Press
- Ahmed E., Braithwaite V. 2005. Die Notwendigkeit einer emotional intelligenten Politik: Verknüpfung von Steuerhinterziehung und Hochschulfinanzierung. *Leg. Criminol. Psychol.* 10(2):291-308
- Albertson B, Gadarian SK. 2015. *Anxious Politics: Democratic Citizenship in a Threatening World*. Cambridge, UK: Cambridge Univ. Press
- Alexander AC, Welzel C. 2017. Der Mythos der Entkonsolidierung: Der aufkommende Liberalismus und die populistische Re-Aktion. *J. Democr.* <https://www.journalofdemocracy.org/sites/default/files/media/Journal%20of%20Democracy%20Web%20Exchange%20-%20Alexander%20und%20Welzel.pdf>
- Allen N, Birch S. 2015. Prozesspräferenzen und die britische öffentliche Meinung: Die Urteile der Bürger über die Regierung in einer Ära der Anti-Politik. *Political Stud.* 63(2):390-411
- Alm J, Torgler B. 2006. Kulturelle Unterschiede und Steuermoral in den Vereinigten Staaten und in Europa. *J. Econ. Psychol.* 27(2):224-46
- Alvarez RM, Hall TE, Llewellyn MH. 2008. Sind die Amerikaner davon überzeugt, dass ihre Stimmen gezählt werden? *J. Politik* 70(3):754-66
- Anderson C, Blais A, Bowler S, Donovan T, Listhaug O. 2005. *Losers' Consent: Wahlen und demokratische Legitimität*. Oxford, UK: Oxford Univ. Press
- Anderson CJ, LoTempio AJ. 2002. Gewinnen, verlieren und politisches Vertrauen in Amerika. *Br. J. Political Sci.* 32(2):335- 51
- Andre' A, Depauw S. 2017. Die Qualität der Repräsentation und die Zufriedenheit mit der Demokratie: die Folgen der Kongruenz von Bürger-Elite-Politik und Prozess. *Political Behav.* 39(2):377-97
- Assoc. Presse-NORC Cent. Public Aff. Res. 2014. *Confidence in institutions: trends in Americans' attitudes towards government, media, and business*. Issue Brief, Assoc. Press-NORC Cent. Public Aff. Res., Chicago. <http://www.apnorc.org/projects/Pages/HTML%20Reports/confidence-in-institutions-trends-in-americans-attitudes-toward-government-media-and-business0310-2333.aspx>
- Avery JM. 2007. Ethnie, Parteizugehörigkeit und politisches Vertrauen nach Bush gegen Gore 2000. *Political Behav.* 29(3):327-42
- Avery JM. 2009. Politisches Misstrauen unter Afroamerikanern und Unterstützung für das politische System. *Political Res. Q.* 62(1):132-45
- Barbera' P, Jost JT, Nagler J, Tucker JA, Bonneau R. 2015. Tweeting from left to right: Is online political communication more than an echo chamber? *Psychol. Sci.* 26(10):1531-542
- Bartels BL, Johnston CD. 2013. Über die ideologischen Grundlagen der Legitimität des Obersten Gerichtshofs in den USA öffentlich. *Am. J. Political Sci.* 57(1):184-99
- Be'langer E'. 2017. Politisches Vertrauen und Wahlverhalten. Siehe Zmerli & van der Meer 2017, S. 242-55
- Binder SA. 2003. *Stalemate: Causes and Consequences of Legislative Gridlock*. Washington, DC: Brookings Inst.
- Blais A, Gelineau F. 2007. Gewinnen, verlieren und Zufriedenheit mit der Demokratie. *Political Stud.* 55(2):425-41
- Borah P. 2013. Wechselwirkungen zwischen Nachrichtenframes und Unhöflichkeit in der politischen Blogosphäre: Untersuchung der Wahrnehmungen Ergebnisse. *Political Commun.* 30(3):456-73
- Boukes M, Boomgaarden HG. 2015. Weiche Nachrichten mit harten Konsequenzen? Einführung eines nuancierten Maßes für die Exposition gegenüber weichen und harten Nachrichten und ihre Beziehung zu politischem Zynismus. *Commun. Res.* 42(5):701-31
- Bowler S, Karp JA. 2004. Politiker, Skandale und Vertrauen in die Regierung. *Political Behav.* 26(3):271-87
- Brady DW, Theriault SM. 2001. Eine Neubewertung der Frage, wer die Schuld trägt. Siehe Hibbing & Theiss-Morse 2001, pp. 175-92
- Cappella JN, Jamieson KH. 1997. *Spirale des Zynismus: Die Presse und das öffentliche Wohl*. Oxford, UK: Oxford Univ. Presse
- Catterberg G, Moreno A. 2006. Die individuellen Grundlagen des politischen Vertrauens: Trends in neuen und etablierten Demokratien. *Int. J. Public Opin. Res.* 18(1):31-48

- Chanley VA. 2002. Vertrauen in die Regierung nach dem 11. September 2001: Bestimmungsfaktoren und Folgen. *Political Psychol.* 23(3):469-83
- Chanley VA, Rudolph TJ, Rahn WM. 2000. Die Ursprünge und Folgen des öffentlichen Vertrauens in die Regierung: eine Zeitreihenanalyse. *Public Opin. Q.* 64(3):239-56

- Christenson DP, Glick DM. 2015. Chief Justice Roberts' health care decision disrobed: the microfoundations of the Supreme Court's legitimacy. *Am. J. Political Sci.* 59(2):403-48
- Citrin J. 1974. Kommentar: Die politische Bedeutung des Vertrauens in die Regierung. *Am. Political Sci. Rev.* 68(3):973-88
- Citrin J, Green DP. 1986. Präsidentielle Führung und das Wiederaufleben des Vertrauens in die Regierung. *Br. J. Political Sci.* 16(4):431-53
- Citrin J, Luks S. 2001. Politisches Vertrauen revisited: de'ja' vu all over again? Siehe Hibbing & Theiss-Morse 2001, pp. 9-27
- Citrin J, McClosky H, Shanks JM, Sniderman PM. 1975. Persönliche und politische Quellen der politischen Entfremdung. *Br. J. Political Sci.* 5(1):1-31
- Citrin J, Muste C. 1999. Politisches Vertrauen und Systemunterstützung. In *Measures of Political Attitudes*, ed. J Robinson, P Shaver, L Wrightsman, S. 465-532. San Diego, CA: Academic
- Claassen RL, Magleby DB, Monson JQ, Patterson KD. 2013. Wählervertrauen und die Erfahrung der Stimmabgabe am Wahltag. *Political Behav.* 35(2):215-35
- Cook TE, Gronke P. 2005. The skeptical American: revisiting the meanings of trust in government and confidence in institutions. *J. Politik* 67(3):784-803
- Craig SC, Martinez MD, Gainous J, Kane JG. 2006. Gewinner, Verlierer und Wahlkontext: Reaktionen der Wähler auf die Präsidentschaftswahlen 2000. *Political Res. Q.* 59(4):579-92
- Dalton RJ. 2005. Der soziale Wandel des Vertrauens in die Regierung. *Int. Rev. Soc.* 15(1):133-54
- Dalton RJ, Shin DC. 2014. Reassessment the civic culture model. In *The Civic Culture Transformed: From Allegiant to Assertive Citizens*, ed. RJ Dalton, C Welzel, pp. 91-115. Cambridge, UK: Cambridge Univ. Press
- Dalton RJ, Weldon SA. 2005. Das öffentliche Bild der politischen Parteien: ein notwendiges Übel? *West Eur. Politics* 28(5):931-51
- Damico AJ, Conway MM, Damico SB. 2000. Muster des politischen Vertrauens und Misstrauens: drei Momente in der Leben der demokratischen Bürger. *Polity* 32(3):377-400
- Dancey L. 2012. Die Folgen von politischem Zynismus: Wie Zynismus die Reaktionen der Bürger auf politische Skandale prägt. *Political Behav.* 34(3):411-23
- Easton D. 1975. A re-assessment of the concept of political support. *Br. J. Political Sci.* 5(4):435-47
- Ellinas AA, Lamprianou I. 2014. Political trust in extremis. *Comp. Politics* 46(2):231-50
- Erber R, Lau RR. 1990. Political cynicism revisited: an information-processing reconciliation of policy-based and incumbency-based interpretations of changes in trust in government. *Am. J. Political Sci.* 34(1):236-53
- Fairbrother M. 2017. When will people pay to pollute? Umweltsteuern, politisches Vertrauen und experimentelle Beweise aus Großbritannien. *Br. J. Political Sci.* im Druck
- Feld LP, Frey BS. 2007. Steuerehrlichkeit als Ergebnis eines psychologischen Steuervertrags: die Rolle von Anreizen und reaktionsfähiger Regulierung. *Rechtspolitik* 29(1):102-20
- Flaxman S, Goel S, Rao JM. 2016. Filterblasen, Echokammern und Online-Nachrichtenkonsum. *Public Opin. Q.* 80(S1):298-320
- Foa RS, Mounk Y. 2016. The democratic disconnect. *J. Democr.* 27(3):5-17
- Foa RS, Mounk Y. 2017a. Das Ende des Konsolidierungsparadigmas. *J. Democr.* [https://www.journalofdemocracy.org/sites/default/files/media/Journal%20of%20Democracy%20Web%20Exchange%20-%20Foa%20und%20Mounk%20reply-2\\_0.pdf](https://www.journalofdemocracy.org/sites/default/files/media/Journal%20of%20Democracy%20Web%20Exchange%20-%20Foa%20und%20Mounk%20reply-2_0.pdf)
- Foa RS, Mounk Y. 2017b. The signs of deconsolidation. *J. Democr.* 28(1):5-15
- Fowler DJ, Merolla JL, Sellers AH. 2014. Deskriptive Darstellung und Bewertungen der Regierung. *Politik Gruppen Identitäten* 2(1):66-89
- Freitag M, Ackermann K. 2016. Direkte Demokratie und institutionelles Vertrauen: Beziehungen und Unterschiede zwischen Persönlichkeitsmerkmalen. *Political Psychol.* 37(5):707-23
- Fried A, Harris D. 2001. Über rote Umhänge und angreifende Stiere. Siehe Hibbing & Theiss-Morse 2001, S. 157-74
- Fried A, Harris DB. 2015. Die strategische Förderung des Misstrauens in die Regierung im Zeitalter der Tea Party. *Forum* . 13(3):417-43

- Gabriel O. 2017. Partizipation und politisches Vertrauen. Siehe Zmerli & van der Meer 2017, S. 228-41
- Gangl A. 2007. Untersuchung der Überzeugung der Bürger, dass die Regierung wie ein Unternehmen arbeiten sollte. *Public Opin. Q.* 71(4):661- 70
- Gay C. 2002. Spiralen des Vertrauens? Die Auswirkung deskriptiver Repräsentation auf die Beziehung zwischen den Bürgern und ihrer Regierung. *Am. J. Political Sci.* 46(4):717-32

- Geer JG. 2012. Die Nachrichtenmedien und der Anstieg der Negativität in Präsidentschaftskampagnen. *PS Political Sci. Politics* 45(3):422-27
- Gershtenson J, Ladewig J, Plane DL. 2006. Parteien, institutionelle Kontrolle und Vertrauen in die Regierung. *Soc. Sci. Q.* 87(4):882-902
- Gershtenson J, Plane DL. 2015. In government we distrust: citizen skepticism and democracy in the United States. *Forum* 13(3):481-505
- Gibson JL, Nelson MJ. 2015. Beruht die Legitimität des Obersten Gerichtshofs der USA auf Leistungszufriedenheit und Ideologie? *Am. J. Political Sci.* 59(1):162-74
- Gibson JL, Nelson MJ. 2016. Veränderung der institutionellen Unterstützung für den Obersten Gerichtshof der USA: Wird die Legitimität des Gerichts durch die von ihm getroffenen Entscheidungen gefährdet? *Public Opin. Q.* 80(3):622-41
- Gotlieb MR, Scholl RM, Ridout TN, Goldstein KM, Shah DV. 2017. Kumulative und langfristige Auswirkungen von Kampagnenwerbung auf Vertrauen und Gespräche. *Int. J. Public Opin. Res.* 29(1):1-21
- Harbridge L, Malhotra N. 2011. Wahlenreize und Parteikonflikte im Kongress: Erkenntnisse aus Umfrageexperimenten. *Am. J. Political Sci.* 55(3):494-510
- Hardin R. 2013. Regierung ohne Vertrauen. *J. Trust Res.* 3(1):32-52
- Hetherington MJ. 1998. Die politische Relevanz von politischem Vertrauen. *Am. Political Sci. Rev.* 92(4):791-808
- Hetherington MJ. 2005. *Warum Vertrauen wichtig ist*. Princeton, NJ: Princeton Univ. Press
- Hetherington MJ. 2015. Why polarized trust matters. *Forum* 13(3):445-48
- Hetherington MJ, Rudolph TJ. 2008. Grundierung, Leistung und die Dynamik des politischen Vertrauens. *J. Politik* 70(2):498-512
- Hetherington MJ, Rudolph TJ. 2015. *Why Washington Won't Work: Polarization, Political Trust, and the Governing Crisis*. Chicago, IL: Univ. Chicago Press.
- Hibbing JR, Theiss-Morse E. 1995. *Congress as Public Enemy: Public Attitudes Toward American Political Institutions*. Cambridge, UK: Cambridge Univ. Press
- Hibbing JR, Theiss-Morse E, eds. 2001. *What Is It About Government that Americans Dislike?* Cambridge, UK: Cambridge Univ. Press
- Hibbing JR, Theiss-Morse E. 2002. *Stealth Democracy: Americans' Beliefs About How Government Should Work*. Cambridge, UK: Cambridge Univ. Press
- Hooghe M, Marien S, Pauwels T. 2011. Wohin wenden sich misstrauische Wähler, wenn es keine praktikable Ausstiegs- oder Stimmooption gibt? Der Einfluss des politischen Vertrauens auf das Wahlverhalten bei den belgischen Regionalwahlen im Juni 2009. *Gov. Oppos.* 46(2):245-73
- Hough M, Jackson J, Bradford B, Myhill A, Quinton P. 2010. Verfahrensrechtliche Gerechtigkeit, Vertrauen und institutionelle Legitimität. *Polizeiarbeit* 4(3):203-10
- Hwang M. 2017. Ethnizität und politisches Vertrauen in Kanada: Is there a deepening divide? *Can. J. Soc.* 42(1):23-54
- Jackson J. 2015. On the dual motivational force of legitimate authority. In *Motivating Cooperation and Compliance mit Autorität*, Hrsg. BJ Bornstein, AJ Tomkins, S. 145-66. Berlin: Springer
- Jackson RA, Mondak JJ, Huckfeldt R. 2009. Untersuchung der möglichen zersetzenden Wirkung negativer Werbung auf die Einstellung der Bürger zur Politik. *Political Res. Q.* 62(1):55-69
- Jennings MK, Stoker L, Bowers J. 2009. Politik über Generationen hinweg: Die familiäre Übertragung neu untersucht. *J. Politik* 71(3):782-99
- Jones DR. 2015. Schwindendes Vertrauen in den Kongress: Auswirkungen der Polarisierung und Konsequenzen für die Demokratie. *Forum* 13(3):375-94
- Jost JT, Banaji MR, Nosek BA. 2004. Ein Jahrzehnt der Systemrechtfertigungstheorie: Gesammelte Beweise für bewusste und unbewusste Unterstützung des Status quo. *Political Psychol.* 25(6):881-919
- Keele L. 2005. The authorities really do matter: party control and trust in government. *J. Politics* 67(3):873-86
- Keele L. 2007. Soziales Kapital und die Dynamik des Vertrauens in die Regierung. *Am. J. Political Sci.* 51(2):241-54
- Kramer RM. 1999. Vertrauen und Misstrauen in Organisationen: neue Perspektiven, bleibende Fragen. *Annu. Rev. Psychol.* 50:569-98

- Kumlin S, Haugsgjerd A. 2017. Der Wohlfahrtsstaat und politisches Vertrauen: Leistung wieder ins Spiel bringen. Siehe Zmerli & van der Meer 2017, S. 285-301
- Lago-Penãas I, Lago-Penãas S. 2010. Die Determinanten der Steuermoral in vergleichender Perspektive: Erkenntnisse aus europäischen Ländern. *Eur. J. Political Econ.* 26(4):441-53

- Lau RR, Sigelman L, Heldman C, Babbitt P. 1999. Die Auswirkungen negativer politischer Werbung: eine meta-analytische Bewertung. *Am. Political Sci. Rev.* 93(4):851-75
- Lau RR, Sigelman L, Rovner IB. 2007. Die Auswirkungen negativer politischer Kampagnen: eine meta-analytische Neubewertung. *J. Politics* 69(4):1176-209
- Lelkes Y. 2016. Gewinner, Verlierer und die Presse: die Beziehung zwischen politischem Parallelismus und der Legitimitätslücke. *Political Commun.* 33(4):523-43
- Lenz GS. 2009. Lernen und Meinungsänderung, nicht Priming: Überdenken der Priming-Hypothese. *Am. J. Political Sci.* 53(4):821-37
- Levendusky M, Malhotra N. 2016. Beeinflusst die Medienberichterstattung über die parteipolitische Polarisierung die politischen Einstellungen? *Political Commun.* 33(2):283-301
- Levi M., Stoker L. 2000. Politisches Vertrauen und Vertrauenswürdigkeit. *Annu. Rev. Political Sci.* 3:475-507
- Lewicki RJ, McAllister DJ, Bies RJ. 1998. Vertrauen und Misstrauen: neue Beziehungen und Realitäten. *Acad. Manag. Rev.* 23(3):438-58
- Liu E. 2017. How Donald Trump is reviving American democracy. *The Atlantic*, Mar. 8. <https://www.theatlantic.com/politics/archive/2017/03/how-donald-trump-is-reviving-our-democracy/518928/>
- Mann TE, Ornstein NJ. 2012. *It's Even Worse Than It Looks: How the American Constitutional System Collided with the New Politics of Extremism*. New York: Basic Books
- Marien S. 2011. Die Messung von politischem Vertrauen über Zeit und Raum hinweg. In *Political Trust: Why Context Matters*, ed. M. Hooghe, S. Zmerli, S. 13-46. Colchester, UK: ECPR Press
- Marien S, Hooghe M. 2011. Ist politisches Vertrauen wichtig? Eine empirische Untersuchung der Beziehung zwischen politischem Vertrauen und Unterstützung für die Einhaltung von Gesetzen. *Eur. J. Political Res.* 50(2):267-91
- Maxwell R. 2010. Vertrauen in die Regierung unter britischen Muslimen: die Bedeutung des Migrationsstatus. *Political Behav.* 32(1):89-109
- Mayne Q, Hakhverdian A. 2017a. Bildung, Sozialisation und politisches Vertrauen. Siehe Zmerli & van der Meer 2017, S. 176-96
- Mayne Q, Hakhverdian A. 2017b. Ideologische Kongruenz und Bürgerzufriedenheit: Erkenntnisse aus 25 fortgeschrittenen Demokratien. *Comp. Political Stud.* 50(6):822-49
- Mazerolle L, Antrobus E, Bennett S, Tyler TR. 2013. Shaping citizen perceptions of police legitimacy: a randomized field trial of procedural justice. *Kriminologie* 51(1):33-63
- McLaren LM. 2012a. Die kulturelle Kluft in Europa: Migration, Multikulturalismus und politisches Vertrauen. *Weltpolitik* 64(2):199-241
- McLaren LM. 2012b. Einwanderung und Vertrauen in die Politik in Großbritannien. *Br. J. Political Sci.* 42(1):163-85
- McLaren LM. 2013. Einwanderung und Wahrnehmung des politischen Systems in Großbritannien. *Political Q.* 84(1):90-100
- Merolla JL, Burnett G, Pyle KV, Ahmadi S, Zak PJ. 2013. Oxytocin und die biologische Grundlage für zwischenmenschliche und politisches Vertrauen. *Political Behav.* 35(4):753-76
- Miller AH. 1974. Politische Fragen und Vertrauen in die Regierung: 1964-1970. *Am. Political Sci. Rev.* 68(3):951-72
- Miller JM, Krosnick JA. 2004. Bedrohung als Motivator für politischen Aktivismus: ein Feldexperiment. *Political Psychol.* 25(4):507-23
- Miller JM, Krosnick JA, Holbrook AL, Tahk A, Dionne A. 2016. The impact of policy change threat on financial contributions to interest groups. In *Explorations in Political Psychology*, ed. JA Krosnick, IC Chiang, T Stark, pp. 173-204. New York: Psychol. Press
- Mishler WT, Rose R. 1997. Vertrauen, Misstrauen und Skepsis. *J. Politik* 59(2):418-51
- Mondak JJ, Halperin K. 2008. Ein Rahmen für die Untersuchung von Persönlichkeit und politischem Verhalten. *Br. J. Political Sci.* 38(2):335-62
- Mondak JJ, Hayes M, Canache D. 2017. Biologische und psychologische Einflüsse auf politisches Vertrauen. Siehe Zmerli & van der Meer 2017, S. 143-59
- Muller EN, Jukam TO. 1977. Zur Bedeutung der politischen Unterstützung. *Am. Political Sci. Rev.* 71(4):1561-95
- Murphy K. 2004. Die Rolle des Vertrauens bei der Förderung der Rechtstreue: eine Studie über angeklagte



Steuervermeider. *Law Hum. Behav.*

2(28):187-209

Mutz DC. 2005. *In-Your-Face Politics: The Consequences of Uncivil Media*. Princeton, NJ: Princeton Univ. Press

Newton K. 2006. Politische Unterstützung: Soziales Kapital, Zivilgesellschaft und politische und wirtschaftliche Leistung. *Politische*

*Stud.* 54(4):846-64

- Newton K. 2017. Politisches Vertrauen und die Massenmedien. Siehe Zmerli & van der Meer 2017, S. 353-72
- Nicholson SP, Howard RM. 2003. Framing support for the Supreme Court in the aftermath of Bush v. Gore. *J. Politik* 65(3):676-95
- Norris P. 2011. *Demokratisches Defizit: Critical Citizens Revisited*. Cambridge, UK: Cambridge Univ. Press
- Norris P. 2014. *Why Electoral Integrity Matters*. Cambridge, UK: Cambridge Univ. Press
- Norris P. 2017. Ist die westliche Demokratie auf dem Rückzug? Diagnosing the risks. *J. Democr.* [https://www.journalofdemocracy.org/sites/default/files/media/Journal%20of%20Democracy%20Web%20Exchange%20-%20Norris\\_0.pdf](https://www.journalofdemocracy.org/sites/default/files/media/Journal%20of%20Democracy%20Web%20Exchange%20-%20Norris_0.pdf)
- Nunnally SC. 2012. *Vertrauen im schwarzen Amerika: Ethnie, Diskriminierung und Politik*. New York: NYU Press.
- Offe C. 2009. Politikverdrossenheit als Ergebnis institutioneller Praktiken? Einige post-Tocqueville'sche Spekulationen. In *Bedrohungen der Demokratie*, ed. A Brodocz, M Llanque, GS Schaal, S. 42-60. Berlin: Springer
- Ojeda C. 2016. Die Auswirkungen von 9/11 auf die Vererbbarkeit von politischem Vertrauen. *Political Psychol.* 37(1):73-88
- Oliver JE, Rahn WM. 2016. Aufstieg des Trumppennvolks: Populismus in der Wahl 2016. *Ann. Am. Acad. Political Soc. Sci.* 667(1):189-206
- Pantoja AD, Segura GM. 2003. Spielt die ethnische Zugehörigkeit eine Rolle? Deskriptive Vertretung in der Legislative und politische Entfremdung unter Latinos. *Soc. Sci. Q.* 84(2):441-60
- Persily N. 2017. Kann die Demokratie das Internet überleben? *J. Democr.* 28(2):63-76
- Peterson DA, Saunders KL, McClurg SD, Miller JM. 2016. *Macrointerest: the public as attentive Gods of vengeance but lazy Gods of reward (with apologies to V.O. Key)*. Work. Pap., Mai 26
- Pew Res. Cent. 2017. *Öffentliches Vertrauen in die Regierung: 1958-2017*. Pew Research Center, 3. Mai. <http://www.people-press.org/2017/05/03/public-trust-in-government-1958-2017>
- Pharr SJ. 2000. Fehlverhalten von Beamten und öffentliches Misstrauen: Japan and the liberal democracies. In *Disaffected Democracies: What's Troubling the Trilateral Countries?*, ed. SJ Pharr, RD Putnam, S. 174-201. Princeton, NJ: Princeton Univ. Press
- Prior M. 2013. Medien und politische Polarisierung. *Annu. Rev. Political Sci.* 16:101-27
- Putnam RD. 2001. *Bowling Alone: The Collapse and Revival of American Community*. New York: Simon & Schuster
- PytlíkZillig LM, Kimbrough CD. 2016. Konsens über Konzeptualisierungen und Definitionen von Vertrauen: Are we there yet? In *Interdisciplinary Perspectives on Trust*, ed. E Shockley, TM Neal, LM PytlíkZillig, BH Bornstein, pp. 17-47. Berlin: Springer
- Robison J, Mullinix KJ. 2016. Elitenpolarisierung und öffentliche Meinung: Wie Polarisierung kommuniziert wird und welche Auswirkungen sie hat. *Political Commun.* 33(2):261-82
- Rose J. 2014. *The Public Understanding of Political Integrity: The Case for Probity Perceptions*. Basingstoke, UK: Palgrave Macmillan
- Rudolph TJ. 2017. Politisches Vertrauen als Heuristik. Siehe Zmerli & van der Meer 2017, S. 197-211
- Sances M. 2011. Die parteiische Vertrauenslücke. *Monkey Cage Blog*, Apr. 14. [http://themonkeycage.org/2011/04/the\\_partisan\\_trust\\_gap](http://themonkeycage.org/2011/04/the_partisan_trust_gap)
- Scholz JT, Lubell M. 1998. Vertrauen und Steuerzahlung: Test des heuristischen Ansatzes für kollektives Handeln. *Am. J. Political Sci.* 42(2):398-417
- Schuck ART. 2017. Medienverdrossenheit und politischer Zynismus. In *The International Encyclopedia of Media Effects*, ed. P Roßler, S. 1045-64. Hoboken, NJ: Wiley-Blackwell
- Schuck PH. 2015. Schlechte Leistungen der Regierung: eine funktionale Erklärung der öffentlichen Unzufriedenheit. *Forum* 13(3):395-415
- Semet A, Persily N, Ansolabehere S. 2014. Bush vs. Gore im Bewusstsein der Amerikaner: Überlegungen und Umfrageergebnisse zum zehnten Jahrestag der Entscheidung, die die Wahlkontroverse von 2000 beendete. In *Election Administration in the United States*, ed. RM Alvarez, B Grofman, S. 48-78. Cambridge, UK: Cambridge Univ. Press
- Sobieraj S, Berry JM. 2011. From incivility to outrage: political discourse in blogs, talk radio, and cable news. *Politische Kommune*. 28(1):19-41

- Stevenson B, Wolfers J. 2011. *Vertrauen in öffentliche Institutionen im Konjunkturverlauf*. Public Choice Work. Pap. 3389, CESifo Group, Cent. Econ. Stud., Univ. München, D.
- Swift A. 2016. Americans' trust in mass media sinks to new low. *Gallup News*, Sep. 14. <http://www.gallup.com/poll/195542/americans-trust-mass-media-sinks-new-low.aspx>

- Theiss-Morse E, Barton DG, Wagner MW. 2015. Political trust in polarized times. In *Motivating Cooperation and Compliance with Authority*, ed. BJ Bornstein, AJ Tomkins, pp. 167-90. Berlin: Springer.
- Tolbert CJ, Mossberger K. 2006. Die Auswirkungen von E-Government auf das Vertrauen in die Regierung. *Public Admin. Rev.* 66(3):354-69
- Torcal M. 2017. Politisches Vertrauen in West- und Südeuropa. Siehe Zmerli & van der Meer 2017, S. 418-39
- Torcal M, Montero JR. 2006. Political Disaffection in comparative perspective. In *Political Disaffection in Zeitgenössische Demokratien*, ed. M Torcal, JR Montero, S. 3-19. London: Routledge
- Tru" dinger EM, Bollow U. 2011. Evaluationen von Sozialstaatsreformen in Deutschland: Political trust makes a (big) difference. In *Political Trust: Why Context Matters*, ed. M Hooghe, S Zmerli, pp. 187-212. Colchester, UK: ECPR Press
- Tyler TR. 2006. Psychologische Perspektiven auf Legitimität und Legitimation. *Annu. Rev. Psychol.* 57:375-400
- Tyler TR, Jackson J. 2013. *Zukünftige Herausforderungen bei der Untersuchung von Legitimität und Straffjustiz*. Public Law Work.
- Pap. 264, Yale Law Sch., Universität Yale, New Haven, CT
- Van de Walle S, Six F. 2014. Vertrauen und Misstrauen als unterschiedliche Konzepte: Warum die Untersuchung von Misstrauen in Institutionen wichtig ist. *J. Comp. Policy Anal.* 16(2):158-74
- van Erkel PFA, van der Meer TWG. 2016. Makroökonomische Leistung, politisches Vertrauen und die Große Rezession: eine Mehrebenenanalyse der Auswirkungen von Schwankungen der makroökonomischen Leistung innerhalb eines Landes auf das politische Vertrauen in 15 EU-Ländern, 1999-2011. *Eur. J. Political Res.* 55(1):177-97
- Voeten E. 2017. Wenden sich die Menschen wirklich von der Demokratie ab? *J. Democr.* [https://www.journalofdemocracy.org/sites/default/files/media/Journal%20of%20Democracy%20Web%20Exchange%20-%20Voeten\\_0.pdf](https://www.journalofdemocracy.org/sites/default/files/media/Journal%20of%20Democracy%20Web%20Exchange%20-%20Voeten_0.pdf)
- Whiteley P, Clarke HD, Sanders D, Stewart M. 2016. Warum verlieren die Wähler das Vertrauen in die Regierungen? Die öffentliche Wahrnehmung von Ehrlichkeit und Vertrauenswürdigkeit der Regierung in Großbritannien 2000-2013. *Br. J. Politics Int. Relat.* 18(1):234-54
- Wilkes R. 2015. We trust in government, just not in yours: Ethnie, Parteizugehörigkeit und politisches Vertrauen, 1958-2012. *Soc. Sci. Res.* 49:356-71
- Wroe A. 2016. Wirtschaftliche Unsicherheit und politisches Vertrauen in den Vereinigten Staaten. *Am. Politics Res.* 44(1):131-63
- Zmerli S, Newton K. 2008. Soziales Vertrauen und Einstellungen zur Demokratie. *Public Opin. Q.* 72(4):706-24
- Zmerli S, van der Meer T. 2017. *Handbook on Political Trust*. Cheltenham, UK: Edward Elgar Publ.